



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 4

April 1977

Schleswig-Holstein im Jahre 1976

Teil 2: Schüler und Studenten

Handel

Verkehr

Verdienste

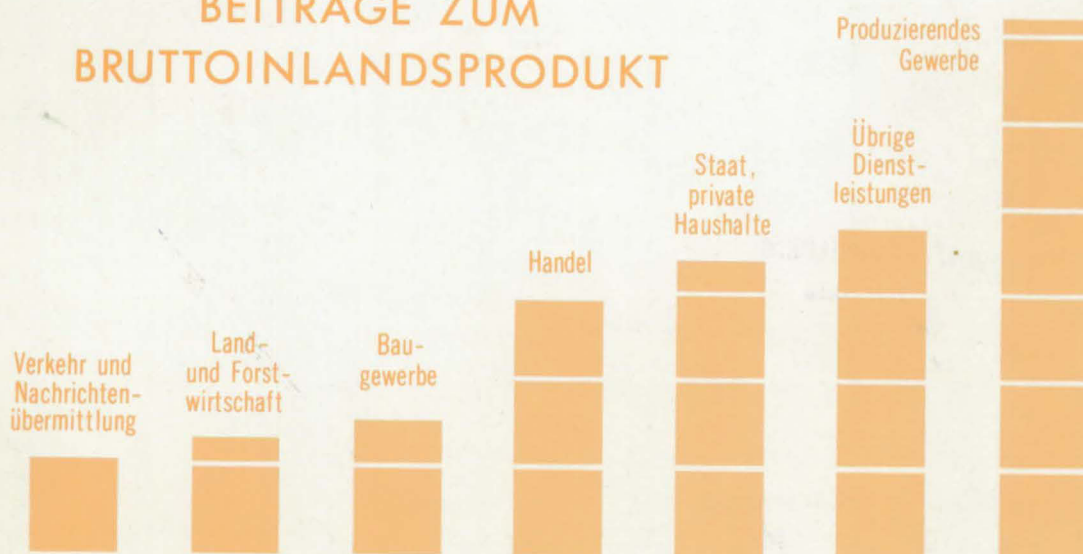
Preise

Öffentliche Verwaltung

Bruttoinlandsprodukt

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1975/76	1976/77	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar			
VERARBEITENDE INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1970 = 100	119 ^a	125 ^a	+	5
Beschäftigte	1 000	175 ^a	172 ^a	-	2
Umsatz ²	Mill. DM	1 897 ^a	2 042 ^a	+	8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	20 ^a	20 ^a	-	0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,4	6,5	+	2
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 467	1 148	-	22
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	394,2	464,3	+	18
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	344,2	374,0	+	9
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 029	8 072	+	1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	145,9 ^a	152,2 ^a	+	4
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	139,5 ^a	148,5 ^a	+	6
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	136,4	142,4	+	4
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	142,2	148,2	+	4
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	136,8	142,2	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	131,4	137,7	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 195	5 691	+	10
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	22 423	26 072	+	16
Spareinlagen	Mill. DM	10 357	11 388	+	10
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	109	119	+	9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	113	136	+	20
Lohnsteuer	Mill. DM	231	260	+	13
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	284	325	+	14

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft

6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

a) September bis Dezember



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 4

April 1977

Schleswig-Holstein im Jahre 1976

Teil 2

INHALT

Schüler und Studenten

Vorschulbereich

Schulen der allgemeinen Bildung

Schulen der beruflichen Bildung

Studenten

Hochschulprüfungen

Handel

Ausfuhr

Einzelhandel

Gastgewerbe

Verkehr

Güterverkehr

Straßenverkehr

Kfz-Bestand

Straßenverkehrsunfälle

Personenbeförderung

Verdienste in Industrie und Handel

Arbeiter

Angestellte

Preise, Preisindex der Lebenshaltung

Öffentliche Verwaltung

Gemeindesteuern

Staatliche Steuern

Schulden der öffentlichen Hand

Schulden des Landes

Schulden der Gemeinden, Kreise und Ämter

Personal der öffentlichen Verwaltung

Landesverwaltung

Gemeindeverwaltungen

Bundesbehörden in Schleswig-Holstein

Wirtschaftliches Wachstum

Schüler und Studenten

Im Herbst 1976 gab es in Schleswig-Holstein 553 000, also über eine halbe Million, Schüler und Studenten, das heißt, jeder fünfte Einwohner des Landes besuchte eine Schule oder Hochschule. Hierbei ist die Weiterbildung nicht einbezogen.

Vorschulbereich

Zum vorschulischen Bereich gehören Vorklassen und Schulkindergärten. In Vorklassen werden noch nicht schulpflichtige Kinder, vor allem milieubenachteiligte Kinder, und im Schulkindergarten werden vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder auf die Schule vorbereitet. Vorschulische Einrichtungen gibt es überwiegend an Grundschulen, aber auch an Kindertagesstätten und einige wenige an Sonderschulen. Im Schuljahr 1976/77 besuchten in Schleswig-Holstein 8 300 Kinder eine vorschulische Einrichtung, und zwar knapp 7 300 eine Vorklasse und fast 1 000 einen Schulkindergarten. Damit befanden sich am 1. September 1976 über 300 Kinder weniger im vorschulischen Bereich als am 1. September 1975. Da keine Vorschulpflicht besteht, ist dieser Bereich in bezug auf die Teilnehmerzahl flexibel. Die Zahl der Vorschulkinder hatte zwischen 1970 und 1975 kontinuierlich zugenommen; im Schuljahr 1970/71 waren lediglich 897 Kinder in Vorklassen und 629 Kinder in Schulkindergärten betreut worden. Der sich jetzt abzeichnende leichte Rückgang der Zahl der Vorschulkinder kann verschiedene Gründe haben. Vielleicht schlägt sich darin - zumindest andeutungsweise - die immer kleiner werdende Zahl von Kindern im Vorschulalter nieder.

Schulen der allgemeinen Bildung

Da allgemeine Schulpflicht besteht, müssen alle Kinder zunächst - abgesehen von den wenigen nicht grundschulfähigen Kindern - die vierjährige Grundschule besuchen. Die Entwicklung der Zahl der Grundschüler wird daher weitgehend durch die Stärke der Geburtsjahrgänge, die ins schulpflichtige Alter hineinwachsen, bestimmt. Der Geburtenrückgang seit Ende der 60er Jahre wirkt sich in vollem Umfang und in steigendem Maße auf

die Grundschülerzahl aus. Sie hatte im Schuljahr 1973/74 in Schleswig-Holstein ihr Maximum mit 183 600 Schülern erreicht und liegt im laufenden Schuljahr nur noch bei gut 171 000 Schülern, das sind 12 600 Schüler oder 7% weniger als damals. Die Zahl der Grundschüler wird auch in den kommenden Jahren weiterhin abnehmen. Das läßt sich bereits daran ablesen, daß die Zahl der Schüler in der ersten Grundschulklasse, die im Schuljahr 1973/74 noch über 48 000 lag, im Schuljahr 1976/77 erstmalig die Grenze von 40 000 unterschritten hat. Dabei handelt es sich um Schüler, die zum größten Teil 1969 und 1970 geboren wurden, das heißt, sie kommen aus Jahrgängen, die mit 40 400 und 35 200 Geborenen noch nicht zu den geburtenschwachen zu rechnen sind. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wird die jährliche Geburtenzahl voraussichtlich im Schnitt zwischen 24 000 und 25 000 liegen.

Nach vier Grundschuljahren besuchen die meisten Schüler, ungefähr 95%, eine weiterführende Schule, der Rest wechselt auf eine Sonderschule oder auf eine integrierte Gesamtschule über. Von 100 Grundschülern gingen zu Beginn des Schuljahres 1976/77 34 auf eine Hauptschule über, 35 auf eine Realschule und 27 auf ein Gymnasium. Während sich die Übergangsquote von der Grundschule zur Hauptschule in den letzten Jahren kaum geändert hat, zeigte die zur Realschule steigende Tendenz. Die Übergangsquote für das Gymnasium war leicht rückläufig, und zwar zugunsten der Realschule. Die Schüler der weiterführenden Schulen durchlaufen in zwei Jahren, nämlich in der 5. und 6. Klassenstufe, die Orientierungsstufe, die in Schleswig-Holstein schulartabhängig ist, also an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien besteht. In der Orientierungsstufe gibt es neben der Versetzung innerhalb derselben Schulart und der Wiederholung einer Klassenstufe derselben Schulart Überleitungen auf andere Schularten sowie "Schrägversetzungen" von einer Schulart zur anderen. Im Laufe des Schuljahres 1975/76 haben in der Orientierungsstufe etwa 15% der Schüler die Schulart durch Schrägversetzungen (einschließlich Überleitungen) gewechselt, und zwar jeweils 7 bis 8% im Rahmen der 5. und der 6. Klassenstufe. Von den Schulartwechslern (15%) haben gut 2% den Sprung nach "oben" (von der Hauptschule zur Realschule oder zum Gymnasium und von der Realschule zum Gymnasium) geschafft, und zwischen 12 und 13% sind nach "unten" (von der Realschule zur Hauptschule, vom Gymnasium zur Realschule oder zur Hauptschule) gewandert. Nach Beendigung der 6. Klassenstufe hat sich die

Schülerbewegung zwischen den Schularten im wesentlichen beruhigt.

Die Zahl der Hauptschüler (5. bis 9. Klassenstufe) hat in den letzten Jahren wieder zugenommen. Sie liegt im Schuljahr 1976/77 mit über 80 400 Schülern um rund 4 400 (6%) höher als im Schuljahr 1975/76. Die Kinder aus den noch stark besetzten Geburtsjahren Anfang bis Mitte der 60er Jahre sind inzwischen dem Grundschulalter entwachsen und befinden sich in der Hauptschule oder in einer anderen weiterführenden Schule.

Die Zahl der Realschüler (5. bis 10. Klassenstufe) steigt seit über einem Jahrzehnt von Jahr zu Jahr an. Sie war zu Beginn des Schuljahres 1976/77 mit 83 500 Schülern ungefähr doppelt so hoch wie vor zehn Jahren. Die jährliche Zuwachsrate bei den Realschülern liegt seit Anfang der 70er Jahre zwischen 7 und 10%. Diese Zunahme ist nicht allein auf das Nachrücken von Jugendlichen aus geburtenstarken Jahrgängen zurückzuführen. Es liegt auch daran, daß die Übergangsquote von der Grundschule zur Real-

schule immer noch eine steigende Tendenz aufweist.

Die Zahl der Schüler in Gymnasien, im laufenden Schuljahr 76 200, bleibt deutlich hinter der Realschülerzahl zurück. 1970/71 haben beide Schularten noch etwa gleichviel Schüler gehabt, nämlich ungefähr 51 400. Während die Zahl der Gymnasiasten absolut weiterhin zugenommen hat (gegenüber 1975/76: + 2 600 Schüler), ist die jährliche Zuwachsrate (+ 3,5%) - wie in den Vorjahren - weiter gesunken. Die Zunahme der Schülerzahl aus demographischen Gründen wurde leicht gebremst durch den Rückgang der Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch die langfristigen Auswirkungen der beiden Kurzschuljahre 1966/67 auf die Schülerzahl. Sie werden deutlich, wenn die 76 200 Gymnasiasten auf die Sekundarstufe 1 (5. bis 10. Schuljahrgang) mit 60 800 Schülern und auf die Studienstufe mit 15 400 Schülern verteilt werden: Die Zunahme der Zahl der Gymnasiasten insgesamt gegenüber 1975/76 (+ 2 600 Schüler) beschränkte sich fast ganz auf die Sekundarstufe 1 (+ 2 500 Schüler), die Schülerzahl in der Studienstufe hat sich dagegen kaum geändert. Diese Stagnation ist zum Teil eine Folge der veränderten Einschulungsverhältnisse der Jahre 1966/67 und hat vorübergehenden Charakter. Wegen der Umstellung des Schuljahresbeginns vom Frühjahr auf den Herbst gab es 1966 zwei Einschulungstermine mit entsprechend geringer Zahl von Schulanfängern.

Der Anteil der Sonderschüler an allen Schülern in allgemeinbildenden Schulen liegt seit vielen Jahren zwischen 4 und 5%. Er erreichte im laufenden Schuljahr 4,9%. Die absolute Zahl der Sonderschüler hat aber ständig zugenommen. Sie umfaßt heute knapp 21 900 Schüler, darunter 18 600 Schüler (85%) in Sonderschulen für Lernbehinderte. In den letzten Jahren ist der Ausbau von Sonderschulen für Geistigbehinderte besonders stark vorangetrieben worden. In diesen Schulen wurden im Schuljahr 1970/71 202 Jugendliche betreut und im Schuljahr 1976/77 1 315 Jugendliche, das heißt, die Zahl hat sich mehr als versechsfacht. Aber auch die Sonderschulen für andere Behinderungsarten (z. B. Körperbehinderte, Sprachbehinderte, Verhaltensgestörte) konnten ihre Schülerzahlen erheblich ausdehnen.

Öffentliche integrierte Gesamtschulen gibt es in Schleswig-Holstein erst seit dem Schuljahr 1971/72, sie gelten als Schulversuche. Diese Schulen wachsen Jahr für Jahr um einen Schuljahrgang und sind jetzt bis zum 10. Schuljahrgang ausgebaut. Im Schuljahr 1976/77

Schüler der allgemeinbildenden Schulen
(einschließlich Vorschulbereich)

Schulart	Schüler am 1. 9.		Veränderung 1976 gegenüber 1975	
	1975	1976	Anzahl	%
Vorklasse ¹	7 571	7 265	- 306	- 4,0
Schulkindergarten	1 011	994	- 17	- 1,7
Grund- und Hauptschule davon	255 134	251 834	- 3 300	- 1,3
1. bis 4. Schuljahrgang	178 678	171 025	- 7 653	- 4,3
5. bis 9. Schuljahrgang nicht einzuordnen ²	76 044 412	80 434 375	+ 4 390 - 37	+ 5,8 - 9,0
Realschule	77 882	83 514	+ 5 632	+ 7,2
Gymnasium davon	73 640	76 204	+ 2 564	+ 3,5
5. bis 10. Schuljahrgang Studienstufe (11. bis 13. Schuljahrgang)	58 249 15 391	60 766 15 438	+ 2 517 + 47	+ 4,3 + 0,3
Integrierte Gesamtschule darunter Freie Waldorfschule	2 846 821	3 388 1 026	+ 542 + 205	+ 19,0 + 25,0
Sonderschule davon	20 981	21 874	+ 893	+ 4,3
für Lernbehinderte	18 142	18 551	+ 409	+ 2,3
für Geistigbehinderte	1 060	1 315	+ 255	+ 24,1
für andere Behinderungsarten	1 779	2 008	+ 229	+ 12,9
Abendrealschule	696	670	- 26	- 3,7
Abendgymnasium	430	403	- 27	- 6,3
Kolleg	65	38	- 27	
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	440 256	446 184	+ 5 928	+ 1,3

1) einschließlich Vorklassen an Kindertagesstätten
2) Klassen für Spätaussiedler und für ausländische Schüler, die keiner Klassenstufe zugeordnet werden können

hatten sie 2 400 Schüler. Zu den integrierten Gesamtschulen müssen auch die privaten Freien Waldorfschulen mit gut 1 000 Schülern gezählt werden.

Abendschulen und Kollegs werden als Schulen der allgemeinen Fortbildung bezeichnet. Von den knapp 1 100 Abendschülern besuchten zu Beginn des Schuljahres 1976/77 670 eine Abendrealschule und 403 ein Abendgymnasium. Die Zahl der Abendschüler hat im letzten Jahr abgenommen. Das Klaus-Harms-Kolleg, dessen Schülerzahl in den vergangenen Jahren etwa zwischen 50 und 70 schwankte, hatte im Schuljahr 1976/77 nur noch 38 Schüler.

Aus dem Bereich der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen, also ohne Berücksichtigung der privaten Schulen, wurden im Schuljahr 1974/75, das heißt, vor allem im Sommer 1975, rund 29 600 Schüler entlassen. Die Ergebnisse für den Sommer 1976 sind noch nicht vollständig vorhanden. Die Zahl der Schulentlassenen hat 1976 schätzungsweise zwischen 31 000 und 32 000 gelegen. Wird die Zahl der Entlassschüler nach dem erreichten Ausbildungsstand, unabhängig von der besuchten Schulart, differenziert, so ergeben sich im Vergleich zwischen 1970/71 und 1974/75 folgende Anteilsänderungen:

Abschluß	Schuljahr	
	1970/71	1974/75
	Entlassungen in %	
ohne Hauptschulabschluß	23	17
mit Hauptschulabschluß	42	38
mit Realschulabschluß	24	31
mit Fachhochschulreife	.	1
mit allgemeiner Hochschulreife	11	13
Alle entlassenen Schüler	100	100

Während 1971 35% der Entlassschüler aus allgemeinbildenden Schulen mindestens einen mittleren Abschluß erworben haben, lag dieser Anteil 1975 um zehn Prozentpunkte höher, nämlich bei 45%. Die Qualifikation der Schulentlassenen, gemessen am erreichten Schulabschluß, hat sich damit in einem halben Jahrzehnt nicht unerheblich verbessert.

Für viele Schüler ist der Abschluß einer allgemeinbildenden Schule nicht der Abschluß ihrer Schul- und Ausbildungszeit. Sie streben, wenn zunächst von den Entlassenen mit Fachhochschulreife und mit allgemeiner Hochschulreife abgesehen wird, vor allem eine betrieb-

liche Ausbildung an oder beabsichtigen, weiterhin in die Schule, z. B. in eine berufliche Vollzeitschule, zu gehen. Es war möglich, die Entlassschüler des Jahres 1976 ungefähr drei Monate vor dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nach ihren Berufs- und Ausbildungswünschen zu fragen. Die Antworten von 25 800 Schülern, die sich derzeit noch in Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien (nur 10. Klassenstufe) und Sonderschulen befanden, konnten ausgewertet werden. Sie ergaben, daß 61% der vor der Entlassung stehenden Schüler eine betriebliche Ausbildung anstreben, 28% wollten weiter in die Schule gehen, 5% bevorzugten eine Vollzeitmaßnahme des Jugendaufbauwerkes oder des Arbeitsamtes, und nur 3% suchten eine Arbeitstätigkeit ohne Ausbildung. Die restlichen 3% strebten keines der genannten Ziele an oder hatten keine besonderen Zukunftswünsche.

Die Schüler, die die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife verlassen wollen, werden im Rahmen einer Individualerhebung seit 1971 jeweils ein Vierteljahr vor der Schulentlassung nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. 1976 antworteten 5 200 Schüler, und zwar 2 900 Jungen und 2 300 Mädchen, auf diese Befragung. Von ihnen hatten 68% die Absicht, nach erfolgreichem Schulabschluß zu studieren, 17% wollten nicht studieren, und 15% waren zur Zeit der Befragung noch unentschieden. Der Anteil der Studienwilligen zeigt seit einigen Jahren rückläufige Tendenz. Er ist von 1972 (85%) bis 1976 (68%) um 17 Prozentpunkte gefallen. Die nachlassende Studien-

Jahr	Befragte Schüler	davon in %		
		mit Studien- absicht	ohne Studien- absicht	noch unent- schieden
		Insgesamt		
1972	3 554	85	6	9
1973	4 118	80	8	12
1974	4 972	78	10	12
1975	5 044	72	14	14
1976	5 235	68	17	15
		Männlich		
1972	2 030	84	5	11
1973	2 333	80	7	13
1974	2 935	80	7	13
1975	2 867	75	10	15
1976	2 927	74	10	16
		Weiblich		
1972	1 524	86	8	6
1973	1 785	79	11	11
1974	2 037	75	14	10
1975	2 177	68	19	13
1976	2 308	61	26	13

bereitschaft ist bei beiden Geschlechtern festzustellen, sie ist aber bei den Schülerinnen stärker ausgeprägt als bei den Schülern. 1972 wollten noch 86% der befragten Schülerinnen studieren, 1976 waren es lediglich 61% (- 25 Prozentpunkte). Der Anteil männlicher Schüler, die sich an einer Hochschule einschreiben wollten, verringerte sich im gleichen Zeitraum um 10 Prozentpunkte. Wie die Befragungsergebnisse seit 1972 bei den Entlassschülern mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife im einzelnen aussehen, zeigt die folgende Tabelle. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die erteilten Antworten als Absichtserklärungen zu verstehen sind. Ob die geäußerten Wünsche realisiert werden konnten, ist eine andere Frage und hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt von der Kapazität der Hochschulen.

Ein Grund für die Abnahme der Studienwilligkeit kann die nachlassende Attraktivität des Lehrerberufs für die Schüler sein. 1972 strebten 38% der 3 019 studienwilligen Schüler eine Lehramtsbefähigung an, 1976 hatten nur noch 19% der 3 581 Schüler mit Studienabsichten vor, Lehrer zu werden.

Schulen der beruflichen Bildung

Zu Beginn des Schuljahres 1976/77 hatten die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein 86 600 Schüler, das sind etwa 700 (1%) mehr

Schüler der beruflichen Schulen

Schulart	Schüler am 1. 10.		Veränderung 1976 gegenüber 1975	
	1975	1976	Anzahl	%
Berufsschule	63 594	65 496	+ 1 902	+ 3,0
Berufsgrundbildungsjahr	1 137	1 023	- 114	- 10,0
Vollschuljahr	271	162	- 109	- 40,2
Berufsaufbauschule	700	572	- 128	- 18,3
Berufsfachschule	7 334	7 266	- 68	- 0,9
Fachgymnasium	4 906	4 387	- 519	- 10,6
Fachschule	5 531	5 274 ^a	- 294	- 5,3
Berufsakademie	37			
Schulen des Gesundheitswesens	2 461	2 464	+ 3	+ 0,1
Berufliche Schulen insgesamt	85 971	86 644 ^a	+ 673	+ 0,8

a) geschätzt, da die Angaben für eine Fachschule für Betriebswirte (1975: 463 Schüler) und für die Berufsakademie noch fehlen

als im Schuljahr 1975/76. Der berufliche Schulsektor umfaßt viele Schularten und -typen und bietet eine Fülle von Ausbildungsmöglichkeiten. Zahlenmäßig dominiert die Berufsschule mit 65 500 Schülern. Von diesen Jugendlichen befanden sich 56 800 (87%) in einem Ausbildungsverhältnis, und 8 700 (13%) waren ohne Ausbildungsvertrag. Die Jugendlichen, die in Betrieben ausgebildet wurden, besuchten die Berufsschule als berufsbegleitende Teilzeitschule im Rahmen der dualen Ausbildung. Sie arbeiteten in unterschiedlichen Berufen, die zu elf Berufsfeldern zusammengefaßt werden können. Nach dieser Aufstellung wurden 75% aller Jugendlichen in den vier Berufsfeldern Wirtschaft und Verwaltung, Metall, Gesundheits- und Körperpflege sowie Elektrotechnik ausgebildet.

Berufsschüler im Ausbildungsverhältnis nach Berufsfeldern im Schuljahr 1976/77

Berufsfeld	Berufsschüler im Ausbildungsverhältnis			
	insgesamt		männlich weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wirtschaft und Verwaltung	16 260	5 171	15,0	11 089 50,8
Metall	12 534	12 109	35,1	425 1,9
Elektrotechnik	6 211	6 181	17,9	30 0,1
Bau- und Holz	4 531	4 178	12,1	353 1,6
Textil und Bekleidung	494	68	0,2	426 2,0
Chemie, Physik und Biologie	496	162	0,5	334 1,5
Druck und Papier	312	260	0,8	52 0,2
Farb- und Raumgestaltung	2 088	1 647	4,8	441 2,0
Gesundheits- und Körperpflege	7 054	561	1,6	6 493 29,8
Ernährung und Hauswirtschaft	3 733	2 087	6,0	1 646 7,5
Landwirtschaft	2 633	2 101	6,1	532 2,4
Zusammen	56 346	34 525	100	21 821 100
außerdem Bundesbahn und -post	451	418	.	33 .
Auszubildende insgesamt	56 797	34 943	.	21 854 .

Bei den Jungen nahm das Berufsfeld Metall die Spitzenposition ein, und bei den Mädchen war es das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung. Hinter jedem Berufsfeld verbirgt sich eine Vielfalt von Berufen. Die Zahl der Auszubildenden konzentriert sich jedoch auf wenige Berufe. Bei den Jungen waren es am 1. Oktober 1976 zehn Berufe, die jeweils mehr als 1 000 Berufsschüler umfaßten. Oder anders ausgedrückt: von den Berufsschülern, die sich in der Ausbildung befanden, gehörten 49% zu zehn Berufen:

Beruf	Männliche Berufsschüler am 1. 10. 1976	Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis im Schuljahr 1976/77					
		Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis					
		ins- gesamt	männlich	weiblich			
		Anzahl	%	Anzahl	%		
Kraftfahrzeugmechaniker	3 737						
Elektroinstallateur	2 815						
Maschinenschlosser	1 675						
Radio- und Fernsehtechniker	1 527						
Landwirt	1 447						
Gas- und Wasserinstallateur	1 223						
Maler und Lackierer	1 196						
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	1 192						
Tischler	1 160						
Verkäufer	1 031						
Erwerbstätige		3 895	1 379	40,3	2 516	47,7	
davon							
Jungangestellte		307	75	.	232	.	
Jungarbeiter		3 341	1 204	.	2 137	.	
mithelfende Familienangehörige		247	100	.	147	.	
Jugendliche im Jugendaufbauwerk und in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung		1 813	1 050	30,7	763	14,5	
Arbeitslose Jugendliche		2 991	994	29,0	1 997	37,9	
Berufsschüler ohne Ausbildungs- verhältnis insgesamt		8 699	3 423	100	5 276	100	

Der Kreis der Ausbildungsberufe ist bei den Mädchen offensichtlich enger gezogen als bei den Jungen. 60% der Mädchen verteilten sich auf sieben Ausbildungsberufe. Dabei nahm der Beruf der Verkäuferin die Spitzenposition ein.

Beruf	Weibliche Berufsschüler am 1. 10. 1976
Verkäuferin	3 619
Friseurin	2 299
Bürokaufmann	2 213
Arzthelferin	1 537
Renogehilfin ¹	1 283
Bankkaufmann	1 039
Zahnarzthelferin	1 204

1) Rechtsanwalt- und Notargehilfin

Die Berufsschüler, die zu Beginn des Schuljahres 1976/77 nicht in der Ausbildung standen, setzen sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen. Da sind zunächst die 3 900 erwerbstätigen Jugendlichen, die als Angestellte in kaufmännischen Berufen arbeiteten, die als Jungarbeiter ihr Geld verdienten und die mithelfenden Familienangehörigen. Knapp zwei Drittel dieser Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag waren Mädchen. Im Jugendaufbauwerk, das dem Sozialministerium untersteht und in dem berufsunreife Jugendliche sich freiwillig auf eine Berufsausbildung oder -tätigkeit vorbereiten, waren Anfang Oktober 1976 1 156 Jugendliche, und zwar ungefähr gleich viele Jungen wie Mädchen. 657 arbeitslose Jugendliche nahmen gleichfalls als Berufsvorbereitung an Maßnahmen der Arbeitsverwaltung teil; hier überwog die Zahl der Jungen (71%). Teilnehmer der Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes oder der Arbeitsverwaltung sind nebenher berufsschulpflichtig.

Weitere knapp 3 000 Jugendliche, darunter zwei Drittel Mädchen, waren ohne Ausbildung und Arbeit. Sie befanden sich entweder in Teilzeitklassen oder im verblockten Teilzeitunterricht der Berufsschule, um sich auf Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme vorzubereiten. Die letztgenannte Berufsschulform wurde bisher als Vollschuljahr bezeichnet, sie erhält zukünftig den Namen "berufsbefähigendes Jahr". Am 1. Oktober 1976 gab es noch 162 Schüler in auslaufenden Vollschuljahren. Werden alle Schüler, die die Normalform oder eine Sonderform der Berufsschule besuchen, zusammengezählt, so ergibt sich, daß 87% der Berufsschüler einen Ausbildungsplatz hatten, 6% waren erwerbstätig ohne Ausbildung und 7% waren arbeitslos. Bei den Mädchen sah diese Relation ungünstiger aus als bei den Jungen. Fast jede fünfte Berufsschülerin war ohne Ausbildungsplatz:

	Berufsschüler	
	männlich	weiblich
	in %	
Auszubildende	91	81
Erwerbstätige	4	9
Arbeitslose	5	10

Auch das Berufsgrundbildungsjahr gehört zum Bereich der Berufsschule. In ihm erhalten Jugendliche eine Teilausbildung, die auf die anschließende Berufsausbildung angerechnet wird. Diese Ausbildungsform wurde im Schuljahr 1976/77 von gut 1 000 Schülern besucht. In Berufsaufbauschulen können Auszubildende den mittleren Abschluß erwerben. Davon machten im Schuljahr 1976/77 350 Schüler im einjährigen Vollzeitunterricht und 222

Schüler im entsprechend länger dauernden Teilzeitunterricht Gebrauch. Die unter dem Begriff Berufsfachschulen zusammengefaßten beruflichen Schulen sind unterschiedlich strukturiert und haben ein weites Angebotsfeld. Es gibt unter anderem gewerblich-technische, kaufmännische, hauswirtschaftlich-sozialpädagogische Berufsfachschulen, und auch die Assistentenausbildung (z. B. für technische Assistenten) gehört dazu. Die Berufsfachschulen, die im laufenden Schuljahr 7 300 Schüler hatten, haben unterschiedliche Aufnahmevoraussetzungen (Hauptschul-, Real-schulabschluß) und bieten unterschiedliche Abschlüsse. An Fachgymnasien können die Schüler nach zwei Jahren die Fachhochschulreife und nach drei Jahren die allgemeine Hochschulreife erwerben. Es ist dabei möglich, einen wirtschaftlichen, einen sozialwirtschaftlichen oder einen technischen Zweig zu wählen. Die Zahl der Fachgymnasiasten war in den letzten Jahren rückläufig: 5 037 (1974/75), 4 906 (1975/76) und 4 387 (1976/77) Schüler. Die Fachschulen bauen normalerweise auf einer abgeschlossenen Berufsausbildung auf. In ihnen wurden am 1. Oktober 1976 rund 5 200 Jugendliche ausgebildet, und zwar in Fachschulen für Technik, für Wirtschaft, für Sozialpädagogik, für Hauswirtschaft, für Landwirtschaft, aber auch für Tanz und Gymnastik, für Seefahrt und für andere Sparten. Nicht zu vergessen ist die Berufsakademie, in der Abiturienten in drei Jahren eine duale Berufsausbildung erhalten. Sie befindet sich im Aufbau und hatte im Schuljahr 1974/75 erst 37 Teilnehmer. Im laufenden Schuljahr ist die Schülerzahl vermutlich weiter angestiegen, ohne allerdings über 100 zu liegen. Die exakte Zahl ist noch nicht bekannt. Eine besondere Art von beruflichen Schulen ist der Bereich der Schulen des Gesundheitswesens. Sie unterliegen der Zuständigkeit des Sozialministers und in ihnen werden unter anderen Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern, Krankenpfleger, Krankenpflegehelfer, Krankengymnasten, Diätassistenten sowie Bademeister und Masseure ausgebildet. Es ist ein Bereich, in dem die Mädchen dominieren. In den beiden letzten Schuljahren 1975/76 und 1976/77 hatten diese Schulen jeweils knapp 2 500 Schüler, darunter über 80% Mädchen.

Studenten

Im Wintersemester 1976/77 studierten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 20 064 Studenten. Diese Zahl enthält die Nebenhörer,

aber nicht die Beurlaubten. Gegenüber dem Wintersemester 1975/76 hat sich die Studentenzahl nur wenig verändert (- 2%). Zu erwähnen ist, daß für Zeitvergleiche jeweils die Ergebnisse der Wintersemester herangezogen werden. Hierbei wird der Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulreife berücksichtigt, der grundsätzlich die Studienaufnahme zum folgenden Wintersemester zuläßt. Außerdem kann das Studium an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg wie auch das für einige Studiengänge an der Universität Kiel nicht zum Sommersemester begonnen werden.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel waren im Wintersemester 1976/77 mit 12 010 Studenten 2% mehr immatrikuliert als im Jahr davor. Von den 12 010 Studenten hatten 670 (6%) eine ausländische Staatsangehörigkeit angegeben, was gegenüber den Vorjahren keine wesentliche Änderung bedeutet.

Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein
im Wintersemester 1976/77

Hochschulart	Studenten		Veränderung gegenüber Wintersemester 1975/76	
	insgesamt	außerdem beurlaubte	absolut	in %
Universität Kiel	12 010	197	+ 260	+ 2
Medizinische Hochschule Lübeck	318	-	+ 5	+ 2
Pädagogische Hochschule Kiel	2 630	46	- 533	- 17
Pädagogische Hochschule Flensburg	1 028	5	- 6	- 1
Musikhochschule Lübeck	243	3	+ 12	+ 5
Fachhochschulen	3 835	103	- 70	- 2
Alle Hochschulen	20 064	354	- 332	- 2

An der Universität in Kiel sind die verschiedenen Studiengänge in sieben Fachbereichen organisiert, die den früheren Fakultäten entsprechen. Zum größten Fachbereich, Mathematik-Naturwissenschaften, gehörten im Wintersemester 1976/77 3 389 Studenten, das waren 28% aller Studenten der Kieler Universität. 2 917 (24%) Studenten waren in Studiengängen der Philosophie und 1 759 (15%) im Fachbereich der Medizin eingeschrieben. Nur unwesentlich weniger, nämlich 1 721 (14%) Studenten, hatten einen Studienplatz in den Rechtswissenschaften. Einen Studiengang im Fachbereich der Agrarwissenschaften wählten 1 112 (9%) Studenten, während im Fachbereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 901 (8%) Studenten die Lehrinrichtungen

beanspruchten. Mit 211 (2%) Studenten war die Theologie der kleinste Fachbereich.

Im Wintersemester 1976/77 hatten sich 4 140 weibliche Studenten an der Kieler Universität eingeschrieben, das waren gut 34% der Studenten insgesamt. Die Studentinnen sind in Studiengängen aller Fachbereiche immatrikuliert, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Von den 4 140 Frauen waren 1 529 (37%) im Fachbereich Philosophie eingeschrieben. In den Studienfächern der Philosophie werden vor allem die angehenden Lehrer ausgebildet. Von den 2 917 Studenten dieses Fachbereichs beabsichtigten 63% die Befähigung für das Lehramt zu erwerben. Für die gesamte Studentenschaft der Universität Kiel lag der entsprechende Wert bei 24%. Für Frauen ist der Lehrerberuf immer noch der beliebteste Hochschulabschluß: jede dritte Studentin, die im Wintersemester 1976/77 an der Kieler Universität eingeschrieben war, strebte eine Lehramtsprüfung an. Dieses Ausbildungsziel hatte bei den Männern nur knapp jeder Fünfte. Es überrascht daher nicht, daß Philosophie der einzige Fachbereich ist, in dem mehr Frauen als Männer studierten: 52% der 2 917 Studenten der Philosophie gehörten dem weiblichen Geschlecht an. Auch die Relation der Geschlechter in den Agrarwissenschaften ist nicht typisch für die Struktur der Studenten insgesamt: 46% der in diesem Bereich immatrikulierten Studenten waren Frauen. Hier ist vermutlich die im Wintersemester 1970/71 erfolgte Erweiterung des Studienangebots durch den Studiengang Trophologie (Ernährungs- und Haushaltswissenschaften) auf das besondere Interesse weiblicher Studenten gestoßen. Von den 334 Trophologen im Wintersemester 1976/77 waren 75% Frauen. Das Studium von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist dagegen bei Studentinnen am wenigsten beliebt: nur 22% der in diesem Bereich Immatrikulierten gehörten zum weiblichen Geschlecht. In den übrigen Fachbereichen lagen die Anteile der Studentinnen zwischen 26 und 32%.

Die Zahl der Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg betrug im Wintersemester 1976/77 3 658. Das sind 13% Studenten weniger als im Wintersemester 1975/76. Im Sommersemester 1976, für das - wie bereits erwähnt - keine Studienanfänger aufgenommen wurden, studierten 3 562 Studenten. Nach einer Periode des starken Zustroms auf die pädagogischen Hochschulen - in Schleswig-Holstein stieg die Studentenzahl von 1 549 im Wintersemester 1965/66 um über 170% auf 4 197 Studenten im Wintersemester 1975/76 - zeigt sich auch hier wie bei der Abiturientenbefragung eine

Abschwächung der Nachfrage nach Lehrerausbildung.

Von den 3 658 Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen im Wintersemester 1976/77 strebten 1 447 (40%) Studenten das Lehramt an Realschulen und 1 237 (34%) Studenten das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an. Die Lehrbefähigung an Sonderschulen nannten 702 (19%) Studenten als Studienziel, während die Diplomprüfung 233 (6%) Studenten ablegen wollten. 39 Studenten bereiteten sich auf die Promotion vor oder nannten andere Studienziele.

Mit 63% hatten die weiblichen Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg das Übergewicht. Das war nicht immer so. Im Wintersemester 1950/51 waren nur 47% aller Studenten weiblichen Geschlechts. Die Quote der Frauen ist bei den zukünftigen Sonderschullehrern besonders hoch. In diesem Studiengang waren im Wintersemester 1976/77 75% der Immatrikulierten Studentinnen. Der entsprechende Wert für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen fällt mit 71% nur etwas geringer aus, während er für das Lehramt an Realschulen und bei den zukünftigen Diplom-Pädagogen mit 54% und 48% unter dem Wert für die gesamte Studentenschaft lag.

Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein vom 26. Juni 1969 realisierte das Land die Vorstellungen der Ministerpräsidenten, die früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen in den Hochschulbereich einzubeziehen. Fachhochschulen gibt es jetzt in Flensburg, Kiel, Lübeck und Wedel, wobei einzelne Fachbereiche der Kieler Fachhochschule in Eckernförde, Neumünster und Rendsburg zu Hause sind.

Im Wintersemester 1976/77 studierten an den Fachhochschulen 3 835 Studenten, das sind 70 oder 2% weniger als im Jahr zuvor. Damit wird für Schleswig-Holstein eine schon länger zu beobachtende Entwicklung bestätigt. Seit dem Wintersemester 1972/73, für das mit 4 712 Studenten die bisher größte Studentenzahl erreicht wurde, nimmt die Nachfrage nach einem Studienplatz an Fachhochschulen ab.

Da die Studiengänge der Ingenieurwissenschaften an den anderen Hochschulen im nördlichsten Bundesland fehlen, konzentriert sich die Nachfrage an den Fachhochschulen auf dieses Bildungsangebot. So hatten sich von den 3 835 Studenten im Wintersemester 1976/77 2 466 Studenten (64%) in diesem Bereich immatrikuliert. Die Graduierung als Betriebswirt oder Sozialarbeiter/-pädagoge strebten 942 Studenten (25%) und die als Landwirt 122 Studenten (3%) an. In kunst-

wissenschaftlichen Studiengängen waren schließlich 305 Studenten (8%) eingeschrieben, wobei die Studenten des Studienfachs Architektur im Fachbereich Gestaltung hierzu gezählt wurden.

Das Studium an Fachhochschulen scheint für Frauen attraktiver geworden zu sein. Gehörten z. B. im Wintersemester 1969/70 nur 6% der Studenten an Fachhochschulen zum weiblichen Geschlecht, so lag der Anteil der Studentinnen im Wintersemester 1976/77 bei gut 20%.

1964 wurde als zweite medizinische Fakultät der Universität Kiel die Medizinische Akademie Lübeck eingerichtet. Durch das Gesetz über die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein von 1973 erhielt sie als Medizinische Hochschule Lübeck den selbständigen Status. Auf Grund des gleichen Gesetzes entstand 1973 aus der Fachhochschule für Musik die Musikhochschule Lübeck. Gemessen an der Studentenzahl gehören beide Bildungseinrichtungen zu den kleinen Hochschulen. Im Wintersemester 1976/77 studierten 318 zukünftige Ärzte an der Medizinischen Hochschule und 243 Studenten an der Musikhochschule Lübeck.

Hochschulprüfungen

Die Befragung der Fachbereiche sowie der akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter in Schleswig-Holstein ergab, daß sich im Wintersemester 1975/76, das heißt, im Zeitraum 1. Oktober 1975 bis 31. März 1976, 1 674 Studenten einer Abschlußprüfung stellten. Von diesen Prüfungskandidaten legten 1 529 (91%) die Prüfung mit Erfolg ab. Nach einem vorläufigen Ergebnis waren es im Sommersemester 1976, das heißt, in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1976, 1 921 Kandidaten, von denen 1 734 (90%) die Abschlußprüfung mit Erfolg abgelegt haben. Für die Abschlußprüfungen insgesamt

ist offensichtlich eine durchschnittliche Erfolgsquote von gut 90% üblich.

Die meisten Prüfungen werden für die verschiedenen Lehrämter abgelegt. Im Wintersemester 1975/76 versuchten 474 Studenten das erste Staatsexamen erfolgreich hinter sich zu bringen, im Sommersemester 1976 waren es 795 Studenten. Dabei ist zu beachten, daß ab Sommersemester 1976 die Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen zu einem späteren Zeitpunkt als bisher abgelegt wird. Diese Umstellung bewirkte, daß im Wintersemester 1975/76 keine solche Prüfung stattfand. Die Erfolgsquote bei den Lehramtsprüfungen war mit 84% im Wintersemester 1975/76 und mit 85% im Sommersemester 1976 niedriger als im Durchschnitt aller Abschlußprüfungen.

Prüfungsart	Abschlußprüfungen			
	Wintersemester 1975/76		Sommersemester 1976 ^a	
	ins- gesamt	darunter nicht bestanden	ins- gesamt	darunter nicht bestanden
Promotion	201	1	129	1
Diplomprüfung	216	30	217	22
Staatsexamen (außer Lehramtsprüfung)	193	12	224	18
Lehramtsprüfung	474	76	795	121
Magisterprüfung	3	—	6	—
Kirchliche Abschlußprüfung	5	—	7	1
Musikprüfung	15	—	16	4
Abschlußprüfung an Fachhochschulen	567	26	527	20
Abschlußprüfungen insgesamt	1 674	145	1 921	187

a) vorläufiges Ergebnis

Die Graduierung an Fachhochschulen wurde im Sommersemester 1976 von 527 Studenten angestrebt und schließlich von 507 Studenten (96%) erworben. Im vorhergehenden Wintersemester hatte die Erfolgsquote bei 95% gelegen.

Ausfuhr

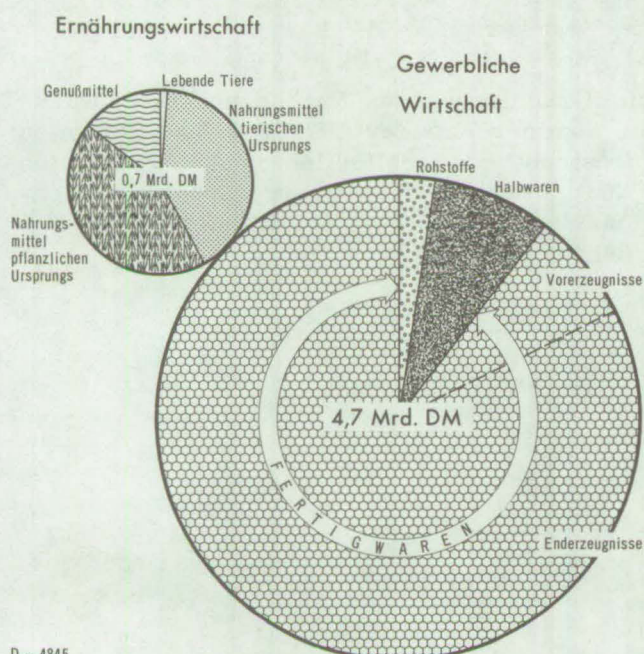
Schleswig-Holstein hat im Jahr 1976 Waren im Werte von 5,4 Mrd. DM ausgeführt. Das sind 9,2% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1975. Diese Zuwachsrates ist geringer als in den Jahren 1974 (+ 31,3%) und 1975 (+ 12,0%). Es kommt darin die ungünstige außenwirtschaftliche Lage in den Jahren 1974 und 1975 zum Ausdruck. War das Jahr 1973 noch durch eine Expansion der Weltwirtschaft gekennzeichnet, setzte im Jahre 1974 ein weltweiter konjunktureller Abschwung ein, der im Jahre 1975 zu der bisher schwersten Rezession der Nachkriegszeit in den westlichen Industrieländern führte. Da die Ausfuhr immer mit einer gewissen Verzögerung auf die Entwicklung der Weltwirtschaft reagiert, macht sich die Rezession des Jahres 1975 erst jetzt in der Ausfuhr Schleswig-Holsteins bemerkbar.

Die Ernährungswirtschaft konnte ihren Anteil an der Gesamtausfuhr etwas erhöhen. Insgesamt führte sie 1976 Waren im Werte von 675 Mill. DM aus. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 7,4% mehr. Die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs schnitten von allen Warengruppen der Ernährungswirtschaft am besten ab. Sie erreichten 1976 einen Wert von 293 Mill. DM. Dahinter folgen die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs mit 279

Mill. DM, die Genußmittel mit 98 Mill. DM und die lebenden Tiere mit 5 Mill. DM. Wichtigstes Ausfuhrgut bei den pflanzlichen Erzeugnissen war Getreide. Insbesondere Weizen war im Ausland sehr gefragt. Mit 67 Mill. DM waren die Ausfuhrerlöse für Weizen höher als die gesamte Getreideaufuhr im Jahre 1975. Die Ausfuhr von Mülerei-erzeugnissen ist dagegen erheblich zurückgegangen. Sie lag bei 50 Mill. DM gegenüber 129 Mill. DM im Jahre 1975. Bei Milch und Butter ist der Unterschied zwischen den Jahresergebnissen 1975 und 1976 zwar erheblich geringer als bei den Mülerei-erzeugnissen, doch wurde das Vorjahresergebnis ebenfalls nicht erreicht. Die Ausfuhr von Butter lag bis einschließlich Dezember nämlich bei 82 Mill. DM (1975: 93 Mill. DM). Die Milchausfuhr betrug sogar nur 46 Mill. DM (1975: 65 Mill. DM).

Die gewerbliche Wirtschaft erzielte im Jahre 1976 insgesamt Ausfuhrerlöse in Höhe von 4,7 Mrd. DM. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1975 bedeutet dies eine Steigerung um 9,4%. Im Vordergrund der Ausfuhr des gewerblichen Bereichs standen natürlich wieder Fertigwaren. Ihr Wert belief sich auf 4,2 Mrd. DM. Davon entfielen auf Enderzeugnisse 3,9 Mrd. DM und auf Vorerzeugnisse 0,3 Mrd. DM. Der Wert der ausgeführten Halbwaren betrug 379 Mill. DM. Die Rohstoffe kamen auf einen Wert von 115 Mill. DM.

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1976



Das wichtigste Exportgut Schleswig-Holsteins bleiben die Maschinen. Sie kamen auf einen Wert von 1,3 Mrd. DM. Damit entfiel ein Viertel der gesamten Ausfuhr Schleswig-Holsteins auf den Maschinenbau. An zweiter Stelle folgt die Werftindustrie. Sie exportierte Wasserfahrzeuge im Werte von 1,1 Mrd. DM. Damit ist der Wert der ausgeführten Wasserfahrzeuge gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um 17% gestiegen. Ein wichtiger Exportartikel sind auch die elektrotechnischen Erzeugnisse. Ihr Wert betrug 331 Mill. DM. Dahinter folgen die feinmechanischen und optischen Erzeugnisse mit 220 Mill. DM, dann die Eisenwaren mit 160 Mill. DM. Die Rangfolge der fünf wichtigsten Exportgüter hat sich also gegenüber 1975 nicht verschoben.

Wichtigster Handelspartner waren wiederum die Länder der EG und der EFTA. Sie nahmen im Jahre 1976 Waren im Werte von 3,2 Mrd. DM gleich 59,3% der gesamten Ausfuhr auf, wobei auf die Länder der EG 2,3 Mrd. DM und auf die EFTA-Länder

Verbrauchsland	Mill. DM	Anteil in %
Dänemark	576,7	10,7
Niederlande	440,7	8,2
Großbritannien und Nordirland	436,9	8,1
Frankreich	429,2	8,0
Schweden	313,8	5,8
Norwegen	304,0	5,6
Italien	233,9	4,3
Polen	161,1	3,0
USA	157,8	2,9
Österreich	150,3	2,8

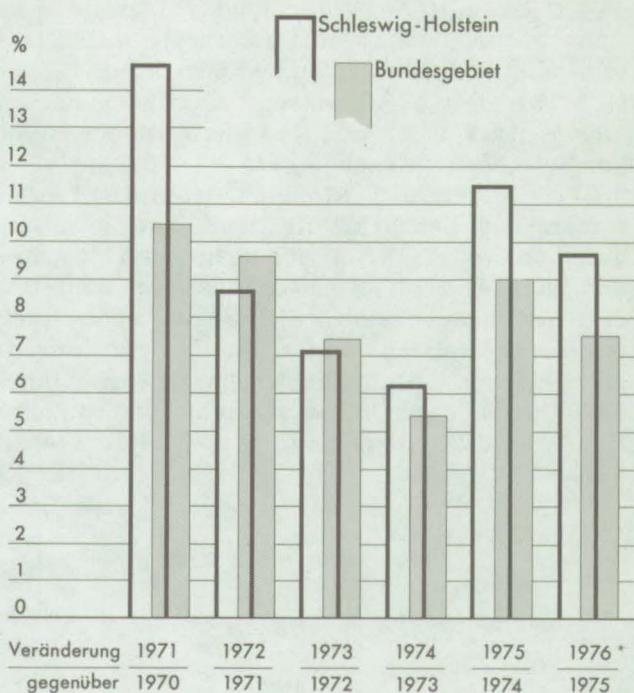
0,9 Mrd. DM entfielen. Zu dem bedeutendsten Abnehmer schleswig-holsteinischer Waren hat sich Dänemark entwickelt. Es importierte 1976 Waren im Werte von 577 Mill. DM. Der Anteil der Ausfuhren nach Dänemark an der Gesamtausfuhr ist damit weiter gestiegen. Er liegt jetzt bei 10,7% nach 9,8% im Jahre 1975. Die Niederlande belegten wieder Platz zwei mit 441 Mill. DM gleich 8,2%. Dahinter folgten Großbritannien (437 Mill. DM), Frankreich (429 Mill. DM), Schweden (314 Mill. DM) und Norwegen (304 Mill. DM). Die weitere Reihenfolge ergibt sich aus der obigen Tabelle.

Einzelhandel

Verfolgt man die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze seit 1971, ist deutlich eine Abschwächung der Geschäftstätigkeit bis zum Jahre 1974 zu erkennen. Der Umsatz stieg zwar weiterhin an, doch mit stetig fallenden Zuwachsraten. Der Umsatzzuwachs war 1974 mit 6,0% schließlich nur noch etwa halb so groß wie im Jahre 1971. Im Jahre 1975 erhöhte sich der Umsatz des gesamten Einzelhandels dank der verstärkten Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wieder merklich. Der Zuwachs betrug insgesamt 11,3%. Im Jahre 1976 dürfte der Umsatz nach den bisher vorliegenden Ergebnissen jedoch wieder etwas langsamer gewachsen sein. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres lagen die Einzelhandelsumsätze nämlich nur noch um 9,7% über der entsprechenden Vorjahresperiode. Dabei ist mit fortschreitender Zeit das Umsatzwachstum immer geringer geworden.

Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



*) Schl.-Holst.: Jan. bis Nov.
Bundesgebiet: Jan. bis Sept.

Von Branche zu Branche entwickelten sich die Umsätze in den ersten elf Monaten des Jahres 1976 recht unterschiedlich. Spitzenreiter war wiederum der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen. Er setzte gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres 21,0% mehr um. Da der Nachholbedarf an neuen Kraftfahrzeugen schon beträchtlich abgebaut worden ist, wird der Umsatzzuwachs im Jahre 1976 wohl bei 20% liegen. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erzielten darüber hinaus der Einzelhandel mit sonstigen Waren (+ 13,4%), der Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen (+ 12,5%) sowie der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 11,5%).

Im Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen waren die Umsätze zu Beginn des Jahres 1976 infolge des günstigen Heizölpreises ungewöhnlich stark angestiegen. So nahm der Umsatz im Monat März im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 50% zu. In den folgenden Monaten gingen die Zuwachsraten verständlicherweise wieder zurück. Da die Umsätze ab September sogar hinter den Vorjahresergebnissen zurückblieben, wird der Jahresumsatz wohl nur etwa 10% höher liegen als 1975. In den übrigen Bereichen des Einzelhandels stiegen die

Umsätze bisher weniger stark als im Durchschnitt des Einzelhandels. Die weitere Reihenfolge lautet: Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 8,9%), mit Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf (+ 8,9%), mit Elektro- und optischen Erzeugnissen sowie Uhren (+ 5,7%), mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 5,6%), mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 5,1%). Den Schluß bildet der Einzelhandel mit Textilwaren und Schuhen. Er kam auf ein Umsatzplus von 2,7% in den ersten elf Monaten des Jahres 1976. Noch ungünstiger schnitten die Warenhäuser ab. Sie liegen schon seit mehreren Jahren weit unter dem durchschnittlichen Umsatzzuwachs. Im Jahre 1976 wird der Umsatzzuwachs wahrscheinlich nur 2% betragen.

Gastgewerbe

Im Gastgewerbe hat die allgemeine wirtschaftliche Flaute deutliche Spuren hinterlassen. Die Umsätze nahmen in den ersten elf Monaten des Jahres 1976 gegenüber dem

vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres nämlich nur um 4,1% zu, das ist erheblich weniger als in den beiden Jahren 1974 und 1975. Damals waren die Umsätze im Jahresvergleich um 15,0% und 11,4% gestiegen. Bei dem Vergleich mit den Vorjahren ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Umsätze in den Ferienzentren zwangsläufig nicht mehr so stark ansteigen wie in der Anlaufphase.

Das Beherbergungsgewerbe schnitt mit einem Umsatzzuwachs von 5,3% etwas besser ab als die Gaststättenbetriebe, deren Umsätze um 3,4% kletterten. Der geringere Anstieg ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß immer mehr Feriengäste sich an ihrem Urlaubsort selbst verpflegen. Darauf deutet u. a. die verstärkte Inanspruchnahme von Ferienwohnungen mit Kochgelegenheit hin. Sie zeigt sich aber auch an der unterschiedlichen Entwicklung der Übernachtungs- und Verpflegungsumsätze im Beherbergungsgewerbe. So stieg der Übernachtungsumsatz in der Zeit von Januar bis November 1976 um 8,2%, der Verpflegungsumsatz aber nur um 2,2%. Zu der ungünstigen Entwicklung im gastronomischen Bereich hat aber auch die große Hitze im vergangenen Sommer beigetragen. Sie hat zahlreiche Urlauber von der gewohnten Mittagsmahlzeit abgehalten.

Verkehr

Güterverkehr

Der Güterumschlag der schleswig-holsteinischen Häfen in der Binnenschifffahrt lag im Jahre 1976 bei 5,19 Mill. t; gegenüber dem Jahre 1975 ist somit ein Rückgang um 3,0% zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die mit einem Gesamtumschlag von 2,87 Mill. t größte Güterabteilung "Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase" einen Rückgang von 7,3% gegenüber dem Vorjahr aufweist. Innerhalb dieser Abteilung hat wiederum die Güterhauptgruppe "Kraftstoffe und Heizöl" dieses negative Ergebnis hervorgerufen. Sie war 1976 nur noch mit 2,27 Mill. t - gegenüber 2,50 Mill. t im Jahre 1975 - am Gesamtumschlag beteiligt (- 9,2%). Positiv hat sich die Abteilung "Steine und Erden (einschließlich Baustoffe)" mit 1,47 Mill. t gegenüber 1,36 Mill. t im Vorjahr entwickelt. Die zuge-

hörige Hauptgruppe "Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken" läßt bei einem Anstieg um 37,7% auf 1,08 Mill. t erkennen, daß der Umschlag bei anderen Güterhauptgruppen erheblich zurückgegangen ist. Unter den weniger wichtigen Güterabteilungen sind noch die "Land-, forstwirtschaftlichen und verwandten Erzeugnisse" mit 0,30 Mill. t (- 17,1%) sowie die "Anderen Nahrungs- und Futtermittel" mit 0,42 Mill. t (+ 25,3%) erwähnenswert.

In der Seeschifffahrt wies der Güterumschlag von Januar bis September 1976 ein Volumen von 13,70 Mill. t auf. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (14,01 Mill. t) ist somit ein Rückgang um 2,2% zu verzeichnen. Die Hauptanteile am Umschlag hatten die Bereiche "Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase" mit 3,99 Mill. t (- 15,2%), "Fahrzeuge, Maschinen etc." mit 2,72 Mill. t (+ 21,5%) sowie "Feste mineralische Brennstoffe" mit 1,58 Mill. t (- 6,3%).

Die in den ersten drei Quartalen 1976 im Schienenverkehr umgeschlagene Gütermenge lag bei 5,32 Mill. t. Sie ist damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (5,35 Mill. t) praktisch gleich geblieben.

Ein beträchtlicher Anstieg ist dagegen bei den im Fernverkehr mit Lastkraftwagen beförderten Gütern zu verzeichnen. Gegenüber 8,70 Mill. t in den ersten neun Monaten des Jahres 1975 wurden hier im gleichen Zeitraum 1976 9,83 Mill. t (+ 13,0%) umgeschlagen.

Von der gesamten Transportleistung der vier genannten Verkehrsträger nahm die Seeschifffahrt mit 42% des Gütergewichts von Januar bis September 1976 den größten Raum ein. Es folgen die Lastkraftwagen mit einem Anteil von 30%, die Eisenbahn mit 16% und letztlich die Binnenschifffahrt mit einem Anteil von 12%. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten die Anteile sehr ähnliche Werte.

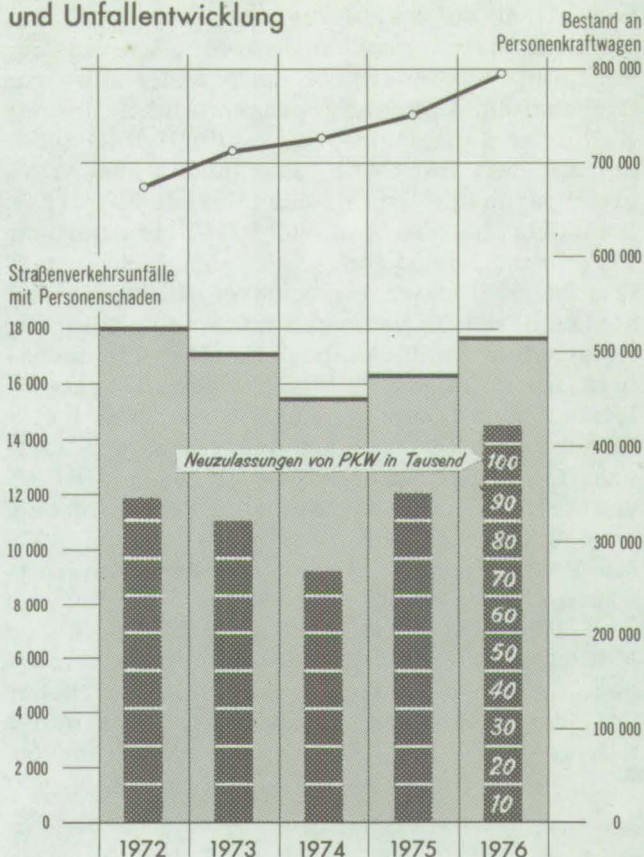
Straßenverkehr

Kfz-Bestand

Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen ohne Bundesbahn und Bundespost hat sich von Mitte 1975 bis Mitte 1976 um 46 000 Fahrzeuge (+ 5%) auf insgesamt 922 000 Fahrzeuge erhöht. Damit hat der Kraftfahrzeugbestand wieder stärker zugenommen, nachdem er sich im Jahre 1975 infolge der Rezession nur noch um 2,9% ausgedehnt hatte. An der Erhöhung des Kfz-Bestandes waren zu 95% die Personenkraftwagen beteiligt. Ihre Zahl stieg um 44 000 oder 6% auf 785 000. Relativ gesehen nahm jedoch die Zahl der Kraftträder mit amtlichem Kennzeichen am stärksten zu. Gegenüber dem 1. Juli 1975 ergibt sich eine Zunahme um 12%. Die Kraftträder mit amtlichem Kennzeichen machen allerdings nur 2% des Kraftfahrzeugbestandes aus. Die Zahl der Kleinkraftträder mit Versicherungskennzeichen (Mopeds, Mofas und Mokicks) ist demgegenüber um 7% auf 67 000 gestiegen. Überdurchschnittlich stark ist auch die Zahl der Kraftomnibusse und Kraftfahrzeuganhänger angestiegen. Während die Zahl der Omnibusse um 9% auf rund 2 300 anstieg, erhöhte sich der Bestand der Kraftfahrzeuganhänger um 6% auf 46 000. Zugenommen hat auch die Zahl der Sonderkraftfahrzeuge, und zwar ist sie um 5% auf 9 300 gestiegen. Der Bestand der Zugmaschinen ist dem-

PKW-Bestand, Neuzulassungen (einschließlich Kombi)

und Unfallentwicklung



gegenüber nur geringfügig gewachsen. Insgesamt gab es am 1. Juli 1976 71 000 Zugmaschinen. Negativ war die Entwicklung nur bei den Lastkraftwagen. Ihre Zahl ist um 1% auf 43 700 zurückgegangen.

Bei den Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge wird es im Jahre 1976 einen neuen Rekord geben. Von Januar bis einschließlich November wurden nämlich insgesamt schon 99 000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen. Im ganzen Jahr werden es also über 100 000 Neuzulassungen sein. Davon werden etwa 90% auf Personenkraftwagen entfallen.

Straßenverkehrsunfälle

Mit dem Anstieg der Neuzulassungen hat allerdings auch wieder die Zahl der Straßenverkehrsunfälle zugenommen. 1976 ereigneten sich nach zum Teil vorläufigen Feststellungen 17 714 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 589 Personen getötet und 23 178 verletzt. Gegenüber 1975 erhöhte sich die Zahl der Unfälle um 8% und die Zahl der Verletzten um 7%. Die Zahl der Getöteten ging dagegen um 14% zurück. Gliedert man die

Unfallzahlen nach der Ortslage auf, dann stellt man fest, daß die Zahl der Getöteten vor allem auf der freien Strecke - bei annähernd gleich großem prozentualen Anstieg der Unfälle innerhalb und außerhalb von Ortschaften - zurückgegangen ist. In der Zeit von Januar bis einschließlich Oktober betrug der Rückgang gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres 21,6%. Innerorts ist die Zahl der Getöteten nur um 1,5% zurückgegangen. Bei den Schwerverletzten ergibt sich ein anderes Bild: Während die Zahl der Schwerverletzten außerhalb von Ortschaften um 6,5% abnahm, stieg sie innerorts um 2,3% an. Die Zahl der Leichtverletzten nahm demgegenüber auf der freien Strecke stärker zu als innerhalb von Ortschaften. Die Zuwachsraten lagen bei 15,4% und 7,0%. Diese Entwicklungen dürften darauf zurückzuführen sein, daß ab 1. Januar 1976 für Fahrer und Beifahrer von Personenkraftwagen Anschnallpflicht besteht, Kinder auf dem Rücksitz eines Pkw Platz nehmen und Motorradfahrer einen Sturzhelm tragen müssen. Welchen Verlauf das Unfallgeschehen auf den einzelnen Straßenarten genommen hat, geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Unfälle mit Personenschaden nach Straßenart und Ortslage

Straßenart	Unfälle mit Personenschaden			
	Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	
	Veränderung 1976 ¹ gegenüber 1975 ¹ in %			
Autobahnen	+ 20,3	- 31,3	+ 18,2	+ 17,9
Bundesstraßen	+ 1,1	- 19,8	- 7,8	+ 6,1
Landesstraßen	+ 10,6	- 2,3	+ 0,9	+ 10,9
Kreisstraßen	+ 19,3	+ 9,0	+ 1,4	+ 25,3
Sonstige Straßen	+ 5,7	- 32,6	- 0,3	+ 6,6
Insgesamt	+ 7,4	- 14,4	- 1,8	+ 10,0
darunter außerhalb von Ortschaften	+ 8,2	- 21,6	- 6,5	+ 15,4

1) Januar bis Oktober

Die Unfallentwicklung auf den Kreisstraßen fällt völlig aus dem Rahmen. Einmal nahm die Zahl der Unfälle überdurchschnittlich zu, zum anderen wurden von Januar bis Oktober 1976 auch mehr Personen als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres getötet. Man muß dabei allerdings berücksichtigen, daß die Zahlen verhältnismäßig klein sind und daher sehr stark vom Zufall abhängen.

Betrachtet man die Entwicklung der verunglückten Personen unter dem Gesichts-

punkt der Verkehrsbeteiligung, dann werden große Unterschiede sichtbar. So ist die Zahl der verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen verhältnismäßig gering gestiegen (+ 2,8%), wogegen die Zahl der auf einem Kraftrad (einschließlich Mopeds) verunglückten Personen überdurchschnittlich angestiegen ist (+ 23,6%; Kleinkrafträder mit Versicherungskennzeichen: + 21,0%). Die Zahl der verunglückten Fußgänger ist geringfügig zurückgegangen (- 0,7%). Bei den Fußgängern unter 15 Jahren ist deutlich eine Verringerung der Unfallhäufigkeit festzustellen (- 7,1%). Dagegen sind ältere Fußgänger häufiger als 1975 in Unfälle verwickelt worden (+ 8,7%). Die Zahl der verunglückten Radfahrer nahm um 6,5% zu, wobei sich der Anteil der verunglückten Jugendlichen etwas erhöht hat.

Personenbeförderung

Die Zahl der Unternehmen, die zur Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr auskunftspflichtig sind, betrug am 30. September 1976 insgesamt 178 (ohne Bundesbahn und Bundespost). Sie hat sich damit gegenüber 1975 um 8 erhöht. Von den 178 Unternehmen hatten 147 ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr. 79 von ihnen übten keine weitere wirtschaftliche Tätigkeit aus. Für 31 Unternehmen bildete der Personenverkehr auf der Straße nur ein Nebengewerbe. Einschließlich der tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie der mithelfenden Familienangehörigen waren am 30. September 1976 insgesamt 3 808 Personen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr beschäftigt, das waren 3,9% mehr als 1975.

Die Verkehrs- und Betriebsleistungen beliefen sich in den Monaten Januar bis November 1976 auf 162 Mill. beförderte Personen und 2,2 Mrd. Personenkilometer sowie 89 Mill. Wagenkilometer. Dabei wurden Einnahmen in Höhe von 159 Mill. DM erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich das Fahrgastaufkommen um 10,5%, die personenkilometrische Leistung (Verkehrsleistung) um 20,7%, die wagenkilometrische Leistung (Betriebsleistung) um 21,1% und die Einnahmen um 24,9%. Die mittlere Reiseweite betrug im betrachteten Zeitraum 13,4 km gegenüber 12,2 km im vorjährigen Zeitraum. Je beförderte Person wurden im Durchschnitt 98 Pfennig eingenommen. Den größten Anteil am öffentlichen Straßenpersonenverkehr hatte nach wie vor der allgemeine Linienverkehr. In der Zeit von Januar bis November entfielen hierauf 90,3% des

Fahrgastaufkommens, 48,0% der Verkehrsleistung und 61,0% der Betriebsleistung. Der statistisch erfaßte Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen, Mietomni-

busverkehr) war am Fahrgastaufkommen mit nur 2,8%, an der Verkehrsleistung jedoch mit 39,5% und an der Betriebsleistung mit 26,4% beteiligt.

Verdienste in Industrie und Handel

Arbeiter

Im Durchschnitt der Monatsergebnisse für Januar, April, Juli und Oktober 1976 (Jahresdurchschnitt) erzielte ein männlicher Industriearbeiter¹ in Schleswig-Holstein einen Bruttowochenverdienst von 482 DM. Das sind 7,6% mehr als im Durchschnitt des Jahres 1975. Bei den Arbeiterinnen fiel die Steigerungsrate mit 8,2% etwas höher aus. Ihr Bruttowochenverdienst betrug im Jahresdurchschnitt 315 DM.

Eine Betrachtung der typischen Lohnverhältnisse in Schleswig-Holstein wird die Struktur der Arbeitnehmerschaft zusätzlich berücksichtigen müssen, um korrekte verallgemeinernde Aussagen ableiten zu können. Die in der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel erfaßte Arbeiterschaft läßt - wie seit Jahren - zwei Schwerpunkte erkennen. Zum einen setzt sie sich überwiegend aus männlichen Arbeitnehmern zusammen. Ihr Anteil betrug im Verlauf des Jahres 1976 81% bis 84%. Im Gegensatz zu

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau 1976

	Januar	April	Juli	Oktober	Veränderung			
	in DM oder Stunden				Januar	April	Juli	Oktober
					gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in %			
Bruttowochenverdienste								
Männer								
Leistungsgruppe 1	476	491	515	522	6,7	4,9	7,3	8,5
alle	449	467	491	499	6,7	5,4	7,9	9,0
Frauen								
Leistungsgruppe 3	282	296	313	313	5,2	8,8	9,4	11,0
alle	295	308	323	323	6,5	8,8	8,4	9,9
Zusammen	420	442	464	469	6,3	6,5	8,2	9,1
Bruttostundenverdienste								
Männer								
Leistungsgruppe 1	11,16	11,50	11,95	12,02	7,0	6,1	7,2	7,1
alle	10,64	10,98	11,39	11,46	6,9	6,2	7,1	7,1
Frauen								
Leistungsgruppe 3	7,25	7,49	7,69	7,67	7,7	7,5	7,3	7,3
alle	7,53	7,75	7,96	7,94	7,6	6,6	6,7	6,4
Zusammen	10,08	10,48	10,86	10,90	6,7	6,4	7,2	6,9
Bezahlte Wochenstunden								
Männer								
Leistungsgruppe 1	42,7	42,7	43,1	43,4	- 0,2	- 1,2	0,2	1,2
alle	42,3	42,6	43,1	43,5	-	- 0,5	0,7	1,9
Frauen								
Leistungsgruppe 3	39,0	39,6	40,6	40,7	- 2,1	1,3	1,8	3,3
alle	39,2	39,8	40,5	40,7	- 0,1	2,1	1,3	3,0
Zusammen	41,7	42,1	42,7	43,1	- 0,2	-	0,7	2,1
darunter Mehrarbeitsstunden								
Männer	2,7	2,9	2,9	3,5	3,8	- 6,5	7,4	12,9
Frauen	0,8	0,7	0,8	1,1	14,3	- 12,5	14,3	22,2
Zusammen	2,3	2,5	2,5	3,1	-	- 7,4	8,7	10,7

1) Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk

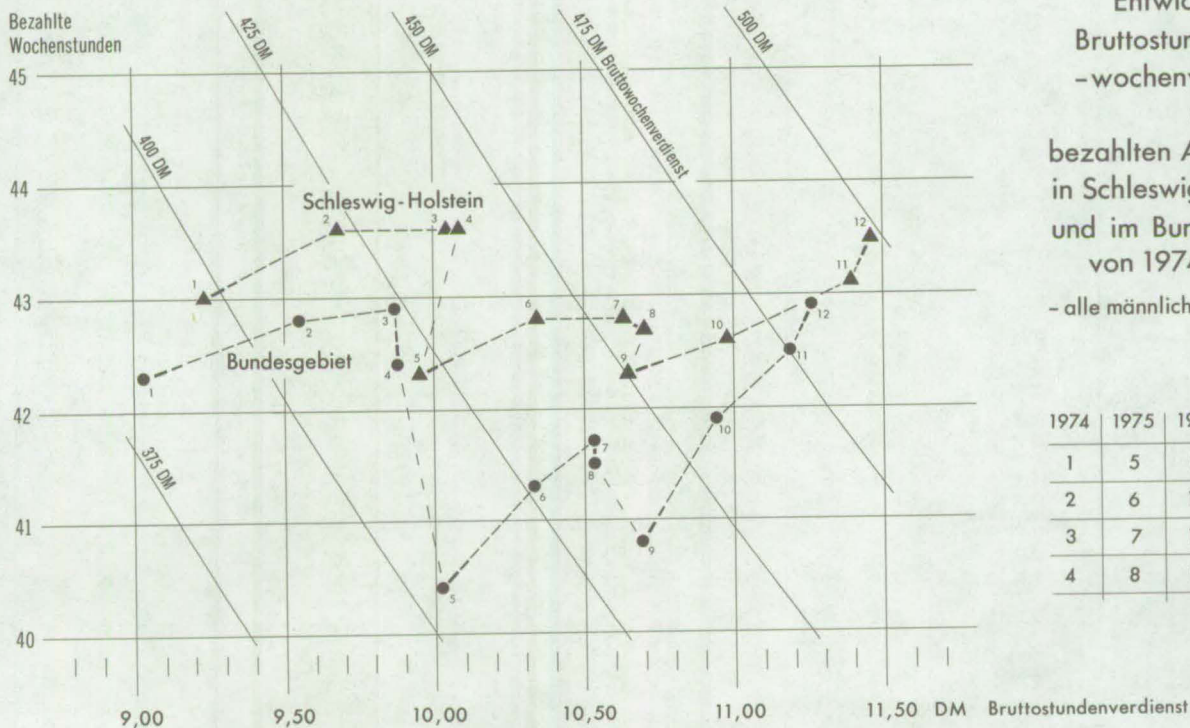
den Arbeiterinnen werden die Arbeiter überwiegend als qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Vorarbeiter oder Meister im Stundenlohn (Leistungsgruppe 1) beschäftigt. Ihr Anteil an der männlichen Industriearbeiterschaft betrug 1976 64% bis 66%. Die Arbeiterinnen werden dagegen überwiegend mit einfachen Arbeiten beschäftigt, die keine fachliche Ausbildung erfordern (Leistungsgruppe 3). Der Anteil dieser Arbeiterinnen an der Gesamtzahl aller erfaßten weiblichen Industriearbeiterinnen betrug 1976 zwischen 58% und 59%. Die nachfolgenden Beschreibungen beziehen sich auf diese zwei überwiegend anzutreffenden Arbeiterkategorien.

Die Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) erzielten 1976 einen jahresdurchschnittlichen Bruttowochenverdienst von 507 DM (Vorjahr 473 DM), das sind 7,2% mehr als im Durchschnitt des Jahres 1975. Gleichzeitig hat sich damit die jährliche Steigerungsrate verstärkt - 1975 waren die Bruttowochenverdienste nur um 4,0% gegenüber 1974 gestiegen. Geht man von diesen summarischen Jahresdurchschnittsbetrachtungen zu einer Verlaufsbetrachtung innerhalb der letzten zwei Jahre über und vergleicht die Steigerungsraten der Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober zum jeweiligen Vorjahresmonat, um Saisonschwankungen weitgehend auszuschalten, so zeigt sich, daß seit Oktober 1975 die Steigerungsraten der Bruttowochenverdienste - mit Ausnahme des

April 1976 - ständig (von 3,2% im Oktober 1975 bis 8,5% im Oktober 1976) zugenommen haben.

Diese Entwicklung geht auf zwei Komponenten zurück, die in der laufenden Verdiensterhebung der Arbeiter gleichfalls ermittelt werden: Auf den Bruttostundenverdienst und die bezahlten Wochenstunden, die zusammen die Höhe des Bruttowochenverdienstes festlegen.

Der Bruttostundenverdienst des Facharbeiters stieg innerhalb des Jahres 1976 von 11,16 DM im Januar auf 12,02 DM im Oktober stetig an. Der jahresdurchschnittliche Bruttostundenverdienst von 11,77 DM liegt um 7,0% über dem Stand von 1975. Diese Steigerungsrate entspricht ungefähr jener der Bruttowochenverdienste von 7,2%. 1975 hatte die Steigerungsrate nur 5,8% betragen. Die Steigerungsraten der Bruttostundenverdienste zum jeweiligen Vorjahresmonat waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 noch höher als in der ersten. Während sie im Juli und Oktober 1975 5,1% und 5,6% betragen, erreichten sie im Juli und Oktober 1976 mit 7,2% und 7,1% die höchsten Werte innerhalb der vergangenen zwei Jahre. Diese Steigerung ist für eine Reallohn Betrachtung umso bemerkenswerter, als der Preisindex der Lebenshaltung in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 seit 1970 erstmals wieder unter die 4-%-Marke abfiel.



Entwicklung der
Bruttostunden- und
-wochenverdienste
sowie der
bezahlten Arbeitszeit
in Schleswig-Holstein
und im Bundesgebiet
von 1974 bis 1976
- alle männlichen Arbeiter -

1974	1975	1976	
1	5	9	Januar
2	6	10	April
3	7	11	Juli
4	8	12	Oktober

Die zweite Komponente des Bruttowochenverdienstes sind die bezahlten Wochenstunden, im Jahresdurchschnitt 1976 42,9. Damit ist die gleiche jahresdurchschnittliche bezahlte Wochenstundenzahl wie 1975 erreicht worden, nachdem sie 1974 um 0,6 Std. höher gewesen war. Diese Jahresdurchschnittsbetrachtung beschreibt die Beschäftigungssituation des Facharbeiters jedoch nur unzureichend. Die Betrachtung der einzelnen Veränderungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat zeigt, daß in den vergangenen zwei Jahren erstmals im Juli und Oktober 1976 die bezahlten Wochenstunden anstiegen. Allerdings ist die absolute Zahl von 43,7 und 43,8 bezahlten Wochenstunden im Juli und Oktober 1974 im Jahre 1976 mit nur 43,1 Std. und 43,4 Std. noch nicht wieder erreicht worden.

Diese Tendenz steigender bezahlter Wochenstunden läßt sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit unterschiedlicher Intensität und zu unterschiedlichen Beobachtungszeitpunkten nachweisen. Von den vier nachfolgend betrachteten Industriezweigen, in denen über die Hälfte aller erfaßten Industriearbeiter beschäftigt sind, wird für den Maschinenbau die prozentual höchste Steigerungsrate der bezahlten Wochenstunden von 4,3% im Oktober 1976 gegenüber dem Vorjahresmonat beobachtet. Seit Anfang 1975 sind hier die bezahlten Wochenstunden von 42,4 Std. kontinuierlich bis auf 43,5 Std. im Oktober 1976 gestiegen. In der elektrotechnischen Industrie nehmen die Stunden seit Januar 1976 (39,5 Std.) absolut und kontinuierlich wieder zu (Oktober 1976: 41,4 Std.), seit Juli 1976 steigen sie zudem prozentual zum jeweiligen Vorjahresmonat mit etwa 2,5% an. Im Hoch- und Tiefbau liegen seit Januar 1975 die bezahlten Wochenstunden überwiegend höher als im jeweiligen Vorjahresmonat. Nach einer Steigerung im Januar 1976 um 1 Std. hat sich die bezahlte Arbeitszeit zwischen 41,1 Std. und 42,0 Std. (Vorjahr: 40,1 Std. und 41,9 Std.) stabilisiert.

Mit Ausnahme des Oktobers 1976 sind die bezahlten Wochenstunden der Facharbeiter im Schiffbau von Januar 1975 an (49,3 Std.) bis zum Juli 1976 (45,0 Std.) ständig weniger geworden. Prozentual am größten war die Abnahme zum Vorjahresmonat im Januar 1976 mit - 7,5%. Die Rate ermäßigte sich bis zum Jahresende auf - 1,3%. Die eingangs genannte Tendenz steigender bezahlter Wochenstunden kann vorerst in diesem - für Schleswig-Holstein bedeutenden - Industriezweig bisher nur in der seit Januar 1975 einmaligen Anhebung der absoluten Arbeitszeit von Juli 1976 bis Oktober

1976 von 0,5 Std. und in einem Schrumpfen der prozentualen Abnahmerate zum jeweiligen Vorjahresmonat seit Januar 1976 gesehen werden.

Wie eingangs ausgeführt, sind über die Hälfte aller erfaßten Arbeiterinnen Schleswig-Holsteins in der Leistungsgruppe 3 eingestuft. In den Tarifen werden sie als ungelernte Arbeiter oder Hilfsarbeiter bezeichnet. Sie erzielten 1976 einen durchschnittlichen Bruttowochenverdienst von 304 DM (Vorjahr 279 DM), das sind 9,0% mehr als im Durchschnitt des Jahres 1975. Von 1974 bis 1975 hatte die Steigerungsrate erst 6,1% betragen. Sie hat sich also - ähnlich wie bei den männlichen Facharbeitern - weiter verstärkt. Galt diese Aussage für eine Betrachtung von Jahr zu Jahr, so trifft sie gleichfalls für den Verlauf im Jahre 1976 selbst zu. Wurde im Januar 1976 noch eine Steigerung zum Vorjahresmonat von 5,2% beobachtet, so hat sich der Anstieg im Oktober 1976 mit 11% verdoppelt.

Während im Jahresdurchschnitt 1976 die männlichen Facharbeiter etwa gleichhohe Steigerungsraten für die Bruttowochen- und -stundenverdienste (7,2% und 7,0%) aufwiesen, fallen diese Steigerungsraten bei den weiblichen ungelernten Arbeiterinnen unterschiedlich aus. Der Bruttostundenverdienst der ungelernten Arbeiterin betrug im Jahresdurchschnitt 1976 7,57 DM pro Stunde, das sind 7,2% mehr als 1975. Hier hatte die Steigerung 1975 gegenüber 1974 noch 8,6% betragen, sie hat sich demnach - im Gegensatz zur Entwicklung bei den männlichen Facharbeitern - abgeschwächt.

Die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der Bruttostundenverdienste der weiblichen ungelernten Arbeiterinnen im Jahre 1976 von 7,2% veränderte sich im Laufe des Jahres 1976 selbst nur unbedeutend, nämlich nur zwischen 7,7% und 7,3%. Wenn die Bruttostundenlöhne im Laufe des Jahres 1976 mit etwa gleichbleibenden Raten über denen der jeweiligen Vorjahresmonate lagen, die entsprechenden Steigerungsraten der Bruttowochenverdienste - wie oben beschrieben - sich dagegen mehr als verdoppelten, so muß die bezahlte Wochenarbeitszeit prozentual spürbar gestiegen sein. Während im Jahresdurchschnitt die bezahlte Wochenarbeitszeit bei den männlichen Facharbeitern etwa gleich blieb, erhöhte sie sich jahresdurchschnittlich bei den weiblichen ungelernten Arbeiterinnen um gut 1%; die Entwicklung der bezahlten Wochenstunden im Jahre 1976 selbst - gemessen an der Zunahme der Stunden gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat - verlief bei den ungelernten Arbeiterinnen vergleichsweise heftig.

ger als bei den männlichen Facharbeitern. War sie im Januar 1976 noch um 2% niedriger als ein Jahr zuvor (männliche Facharbeiter: - 0,2%), so lag sie in der Folgezeit ständig um steigende Beträge darüber und erreichte im Oktober 1976 einen Stand von 40,7 Std., das sind 3,3% mehr als vor Jahresfrist (männliche Facharbeiter: + 1,2%).

Den besprochenen Entwicklungen ist gemeinsam, daß die prozentualen Steigerungen der Bruttostundenverdienste bis Januar 1976 bei den Arbeiterinnen und bis April 1976 bei den Arbeitern nicht auch als gleich hohe Steigerung der Bruttowochenverdienste realisiert werden konnten. Das dafür ursächliche Sinken der bezahlten Wochenstunden im Durchschnitt aller Industriebeschäftigten wurde bei den männlichen Facharbeitern erst seit Juli 1976, bei den weiblichen ungelernten Arbeiterinnen seit April 1976 nicht mehr beobachtet. Die sich damit andeutende Tendenz zur Ausdehnung der Beschäftigung hat neben einer spürbaren Anhebung der Bruttowochenverdienste auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ganz deutlich zeigt sich die Steigerung des Beschäftigungsgrades naturgemäß - aufgrund der zeitlichen Anpassung der Produktionsfaktoren an das veränderte Produktionsvolumen - bei der Zahl der Kurzarbeiter:

	1975	1976	
	in 1 000		Veränderung
April	15,2	5,5	- 63,8 %
Juli	7,1	1,0	- 85,9 %
Oktober	11,3	1,5	- 86,7 %

Bei der Zahl der Arbeitslosen ist diese Entwicklung zur Beschäftigungsausweitung bisher allerdings weniger ausgeprägt, die Zahl der offenen Stellen blieb von ihr noch unberührt (siehe hierzu das Bild auf Seite 38).

Angestellte

Im Gesamtdurchschnitt der Angestellten-schaft² Schleswig-Holsteins wurden 1976 im Mittel 2 116 DM pro Monat brutto verdient. Das sind durchschnittlich 7,0% mehr

als im Vorjahr. Für männliche Kräfte wurden durchschnittlich 2 484 DM Bruttomonatsgehalt ausgewiesen. Von ihnen verdienten die technischen Angestellten 2 716 DM, die kaufmännischen Bediensteten 2 341 DM im Jahresdurchschnitt. Die weiblichen Kräfte erhielten durchschnittlich 1 560 DM Bruttomonatsgehalt, davon im kaufmännischen Bereich 1 554 DM und im technischen Sektor 1 700 DM. Damit läßt sich bei den Angestelltengehältern eine - wenn auch weniger stark ausgeprägte - Entwicklung wie bei den Bruttowochenverdiensten der Arbeiter im Jahresschnitt beobachten. Die Bruttogehälter der männlichen Angestellten zogen um 6,2% (Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter: + 7,6%), die der weiblichen Angestellten um 7,8% (Bruttowochenverdienste der weiblichen Arbeiterinnen: + 8,2%) an. Anders als bei den Arbeitern haben jedoch die Steigerungsraten der jahresdurchschnittlichen Bruttogehälter abgenommen. 1975 betrugen sie noch für die männlichen Angestellten 7,1%, für die weiblichen 8,7%.

Über die Hälfte aller technischen Angestellten ist in den Investitionsgüterindustrien und über zwei Drittel aller kaufmännischen Angestellten im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe beschäftigt, letztere mit knapp 30% im Einzelhandel. Differenziert man diese zwei Schwerpunktbereiche weiter nach dem Geschlecht und der Qualifikation (Leistungsgruppen) der Angestellten, so sind weitere Beschäftigungsschwerpunkte erkennbar. Für diese Schwerpunkgruppen der Angestelltenschaft Schleswig-Holsteins sind die Bruttomonatsgehälter und ihre Steigerungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat dargestellt.

Danach sind die Bruttomonatsgehälter im allgemeinen, d. h. ohne signifikante Gehaltseinbrüche, kontinuierlich angestiegen. Die prozentualen Steigerungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat nahmen dagegen tendenziell im Verlauf des Jahres 1975 ständig ab. 1976 ist diese Entwicklung ausgelaufen. Spätestens seit Juli 1976 werden durchgängig wieder steigende Gehaltsveränderungsraten beobachtet.

Geht man von einer zeitlichen Verlaufsbe-trachtung der Veränderungsraten zu einer Niveaubetrachtung dieser Raten für die dargestellten Reihen über, so fallen zwei struk-turelle Unterschiede auf. Die prozentualen Steigerungsraten der Bruttogehälter der kauf-männischen Angestellten sind höher als jene der technischen Angestellten, und die Stei-gerungsraten der Bruttogehälter für die weiblichen Angestellten übertreffen jene der männlichen. Diese Aussage wäre jedoch un-

² in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk), im Handel, in den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

Durchschnittliche Brutton Monatsgehälter der Angestellten in Industrie und Handel 1976

	Brutton Monatsgehalt in DM				Veränderung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in %			
	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
Angestellte insgesamt	2 037	2 091	2 135	2 153	7,3	6,5	6,9	7,3
männlich	2 385	2 456	2 506	2 527	6,3	6,0	5,7	6,6
weiblich	1 508	1 533	1 576	1 587	8,1	6,7	8,0	8,3
Kaufmännische Angestellte	1 878	1 914	1 960	1 977	8,3	7,2	7,8	8,0
dar. im Einzelhandel	1 513	1 515	1 569	1 588	8,1	7,4	8,0	8,4
dar. weibliche	1 262	1 259	1 322	1 326	8,6	7,4	8,6	8,5
dar. Leistungsgruppe IV	1 126	1 126	1 186	1 190	7,4	7,0	8,2	8,7
Technische Angestellte	2 519	2 620	2 676	2 685	5,7	5,6	5,7	6,5
dar. in Investitionsgüterindustrien	2 423	2 581	2 583	2 591	6,2	6,6	6,1	7,1
dar. männliche	2 496	2 660	2 669	2 672	6,1	6,5	6,2	7,0
dar. Leistungsgruppe III	2 352	2 523	2 520	2 531	5,5	6,1	5,8	6,7

vollständig, wenn sie nicht durch Angaben über die absoluten Differenzen der Bruttongehälter der gegenübergestellten Angestell- tengruppen ergänzt würde, da das Niveau der Bruttongehälter bekanntlich stark von- einander abweicht. Dabei zeigt sich näm- lich, daß trotz geringerer prozentualer Zu- wachsraten die absoluten Differenzbeträge 1975 wie auch wieder 1976 sowohl im Vergleich der Berichtsmonate als auch im Jahresdurchschnitt fast immer angestiegen sind.

Dennoch birgt diese Entwicklung den Keim einer Nivellierungstendenz der Bruttoge- hälter in sich. Besonders in Zeiten eines inflationsinduzierten Lohn- und Gehalts- wachstums wird die absolut steigende Ge- haltsdifferenz zwischen unterschiedlichen An- gestell tengruppen allein die relative Stellung einer Gruppe nicht sichern; zusätzlich muß die prozentuale Veränderung dieser Diffe- renz zwischen den Gruppen gehalten wer- den. Sie nimmt jedoch auch 1976 tenden- ziell ab.

Preise, Preisindex der Lebenshaltung

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte - landläufig auch als Gradmesser der Inflation bekannt - ist 1976 im Bundesgebiet gegenüber 1975 um 4,5% gestiegen. Dies ist die geringste jährliche durchschnittliche Steigerungsrate seit 1970 (+ 3,4%). Auf dem Höhepunkt der Ölkrise der Jahre 1973 und 1974 betrug diese Steigerungsrate zum Vorjahr noch 6,9% und 7,0%. Sie hatte sich 1975 auf 6,0% ermäßigt.

Im Laufe des Jahres 1976 hat sich der Preisauftrieb - mit Ausnahme der Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel - ten- denziell abgeschwächt. Während für die Monate Januar und Februar noch Preis- steigerungsraten von 5,3% und 5,5% gegen-

Preisindex der Lebenshaltung
1970 = 100

Haushaltstyp	Jahres- durch- schnitt		Veränderung gegenüber dem Vorjahres-D in %	
	1975	1976	1975	1976
Alle privaten Haushalte	134,7	140,8	+ 6,0	+ 4,5
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen	134,0	140,2	+ 6,1	+ 4,6
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	134,7	140,7	+ 6,0	+ 4,5
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern	134,7	141,9	+ 6,7	+ 5,3
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	139,2	149,4	+ 7,6	+ 7,3

über den vergleichbaren Monaten des Vorjahres ausgewiesen wurden, ermäßigte sich die Rate sukzessiv bis auf 3,7% und 3,9% im November und Dezember. Eine Steigerungsrate des Preisindex zum Vorjahresmonat von nur 3,7% wurde zuletzt vor über sechs Jahren im September 1970 nachgewiesen.

Zerlegt man diesen summarischen Index aller privaten Haushalte in einzelne Indexgruppen, so erhält man Einblicke in die Struktur der Preisveränderungen. Für die Gruppenbildung werden unterschiedliche Kriterien benutzt, so etwa der Verwendungszweck der von den Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen wie die Dauerhaftigkeit und der Wert erworbener Waren - je nach Erfordernis.

Gliedert man nun den Index nach dem Verwendungszweck, so lassen sich überdurchschnittliche Preissteigerungen 1976 zu 1975 bei fünf Hauptgruppen nachweisen: Elektrizität, Gas, Brennstoffe 6,6%, Nahrungs- und Genußmittel 5,2%, Wohnungsmiete 5,1%, Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege 4,8% und Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke 4,7%. Unterdurchschnittliche Preissteigerungen konnten in vier Hauptgruppen beobachtet werden: Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke 3,8%, Kleidung und Schuhe wie übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung je 3,4% und persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen 3,2%.

Für 1975 sind zwar die Preissteigerungen für Nahrungs- und Genußmittel gegenüber 1974 in der Rate etwa gleich gewesen (5,3%), aber der Rangplatz dieser Preissteigerungsrate unter den Hauptgruppen hat sich stark verschoben. Während 1975 die Nahrungsmittelpreise noch unterdurchschnittlich anstiegen (Platz sieben von neun Hauptgruppen), ist 1976 die gleiche Anstiegsrate überdurchschnittlich und weist diese Hauptgruppe auf den zweiten Rang. Bei ihrem Gewicht von einem Drittel im Haushaltsbudget prägt sie den Wert des Gesamtindex stark. Bekanntlich verursachte die extreme Trockenheit des Sommers bei den besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmitteln Ertragseinbußen und in der Regel auch Ernterückgänge mit entsprechender Angebotsverknappung. Die jährliche Preissteigerungsrate dieser verknappten Produkte betrug 1976 13,3%. Seit 1965 ist diese hohe jährliche Steigerungsrate bisher nur 1973 mit 14,3% übertroffen worden. Erweitert man diese Gruppe der saisonabhängigen Nahrungsmittel um Güter,

die gleichfalls saisonabhängig sind wie Blumen, Kohle und Heizöl, so läßt sich für diese umfassendere Gruppe der saisonabhängigen Waren 1976 eine jährliche Preissteigerungsrate von 11,0% beobachten. Obgleich diese Gütergruppe nur einen Ausgabenanteil von gut 6% im Haushaltsbudget besitzt, beeinflußt sie 1976 die Steigerungsrate des Gesamtindex aufgrund ihrer hohen eigenen Steigerungsrate um 0,4%. Für den Gesamtlebenshaltungsindex ohne besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel sowie Blumen, Kohle und Heizöl wurde demnach eine jährliche Preissteigerungsrate von nur 4,1% gemessen.

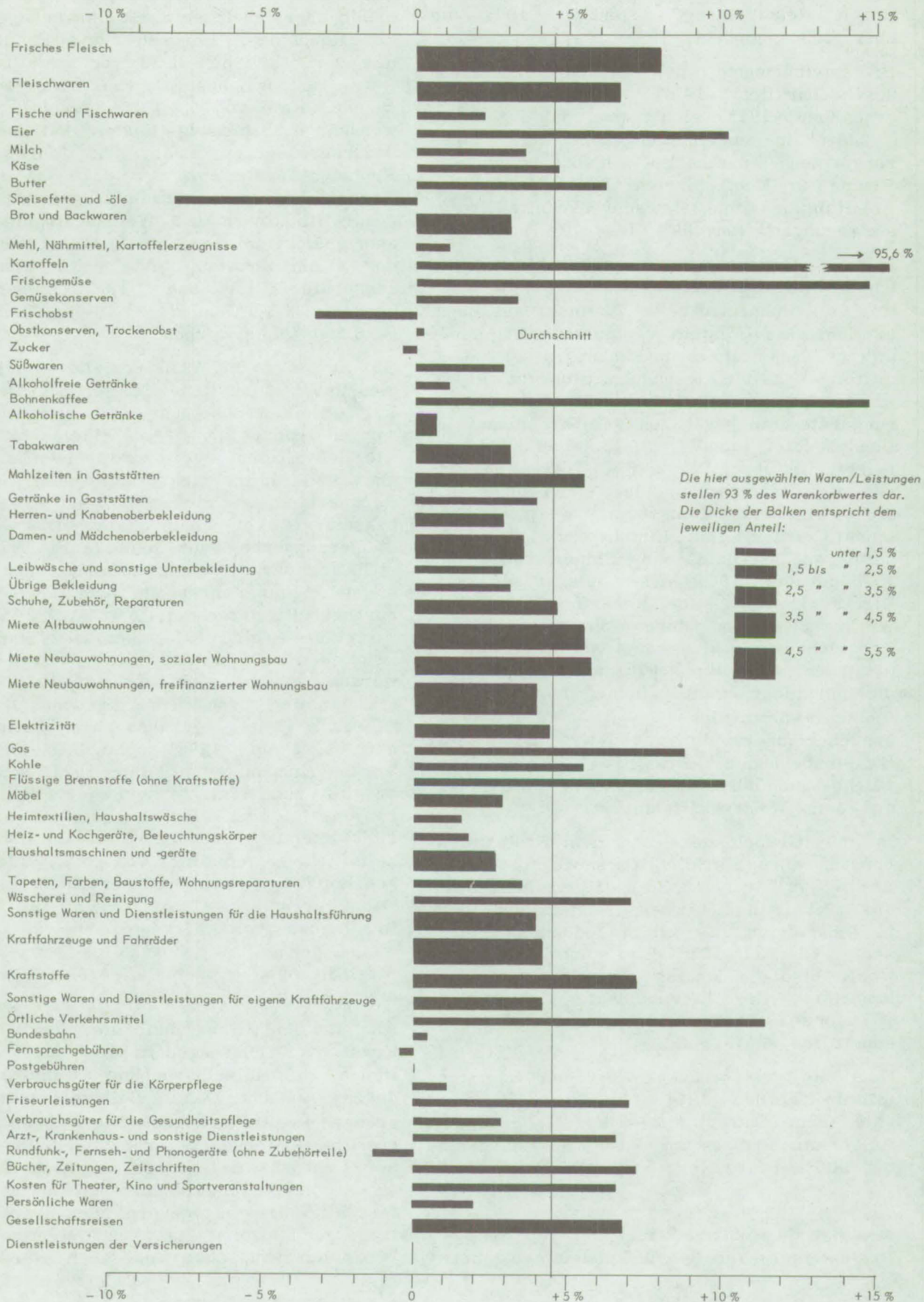
Gliedert man die Warenkäufe der Haushalte nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert der Güter und vergleicht ihre Preissteigerungsraten von 1976 miteinander, so werden Schwerpunkte gedämpften Preisauftriebs erkennbar. Während der jährliche Preisauftrieb für Verbrauchsgüter 5,3% beträgt, ermäßigt sich diese Rate für Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer oder begrenztem Wert auf 3,1%. Bei langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern nimmt die Steigerungsrate weiter bis auf 2,7% ab. Im Jahre 1975 hatten die entsprechenden Steigerungsraten (gleiche Reihenfolge) 5,7%, 5,4% und 6,1% betragen.

Aus einer Gliederung des Preisindex nach Indexgruppen für Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung lassen sich insbesondere vergleichende Aussagen über Preisveränderungen bei den lohnintensiven Dienstleistungen herleiten. Während im Vergleich der Jahre 1975 und 1976 die jährliche Preissteigerungsrate für Verbrauchs- und Gebrauchsgüter von 5,7% auf 4,4%, mithin um 1,3 Prozentpunkte abnahm, ermäßigten sich die jährlichen Steigerungsraten insbesondere für die lohnintensiven Dienstleistungen und Reparaturen um 1,7 Punkte (von 6,5% auf 4,8%).

Extreme Preissteigerungen einzelner Waren und Dienstleistungen werden von den Verbrauchern besonders beklagt. 1976 gilt dies in hohem Maße für die Kartoffelpreise, die im Durchschnitt bundesweit um 95,6% anstiegen. In Schleswig-Holstein - einem Kartoffelzuschußgebiet - wurden gar Preissteigerungen von 122% bei Abgabemengen von 2,5 kg der Handelsklasse I durch den Einzelhandel binnen Jahresfrist nachgewiesen. Ähnlich hohe Steigerungsraten waren bei den Erzeugerpreisen ab Hof meßbar. Für die umsatzstarken Monate September/Oktober wurden ebenfalls Steigerungsraten zum Vorjahresmonat zwischen 111,0% und 120,7% je nach Sorte, bei Abgabe von mindestens 1 dt, beobachtet. Wie bekannt, hatte trotz

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Veränderungen D 1976 gegenüber D 1975



BUNDESERGEBNISSE

etwa gleich großer schleswig-holsteinischer Anbaufläche wie 1975 die extreme Trockenheit des Sommers den landesdurchschnittlichen Hektarertrag gegenüber 1975 um über 30% gedrückt.

Preissteigerungen bei Frischgemüse von durchschnittlich 14,8% im Bundesgebiet gegenüber 1975 sind aus den gleichen Gründen in der Spitzengruppe der Steigerungsraten anzutreffen. Insbesondere die Preise für Kopfkohlarten weisen in Schleswig-Holstein im Jahresdurchschnitt Preissteigerungen von 59% bis 70% auf.

In der Gruppe der Genußmittel müssen bundesweit die Verbraucher binnen Jahresfrist für Bohnenkaffee 14,7% mehr ausgeben. In Schleswig-Holstein verteuerte sich gerösteter Bohnenkaffee in Packungen zu 250 g, mittlere Qualität, durchschnittlich um 17,8%. Im Laufe des Jahres hatte die Preissteigerungsrate zum jeweiligen Vorjahresmonat im Bundesgebiet ständig zugenommen und erreichte im Dezember 26,6%. Ursächlich führen die Kaffeeröster diese Steigerungen auf die herrschende Hausse am Weltrohkafeemarkt zurück. Der Einfuhrpreis von Rohkaffee auf DM-Basis ohne Einfuhrabgaben hat 1976 um etwa 100% höher gelegen als 1975. Die Verknappung des Rohkaffees auf dem Weltmarkt wurde durch die verheerenden Frostschäden in den brasilianischen Kaffeeplantagen vom Juli 1975 ausgelöst. Trotz umfangreicher brasilianischer Lagerbestände führten vorsorgliche Lagerkäufe der Verbraucherländer, die restriktive Exportpolitik insbesondere Brasiliens und umfangreiche spekulative Engagements zur Hausse auf dem Weltrohkafeemarkt.

In der Gruppe der extremen Preissteigerungen wären schließlich noch die Eierpreise zu nennen. Sie stiegen bundesweit um 10,1%, in Schleswig-Holstein um 10,8% in Jahresfrist. Es bleibt jedoch anzumerken, daß 1975 für Eier nur vergleichsweise niedrige Preise bezahlt zu werden brauchten. Die Eierpreise sind zwischen 1974 und 1975 im Bundesgebiet um durchschnittlich 6,5% gefallen.

Deutliche Preissenkungen bei den Nahrungsmitteln werden 1976 für Speisefette und -öle (ohne Butter) ausgewiesen. Bundesweit fielen die Preise um 7,8%, für Margarine um 8,5%, für Kokosfett gar um 13,0%.

Wie bei der obigen Würdigung der geringen Preissteigerungsrate für langlebige, hoch-

wertige Gebrauchsgüter bereits zu vermuten war, werden extrem geringe Preisveränderungsraten in dieser Gruppe schwerpunktmäßig angesiedelt sein. Preissenkungen sind für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte mit der jährlichen Rate von 1,3% und für Foto- und Kinoapparate mit der entsprechenden Rate von 0,8% bundesweit ermittelt worden. In Schleswig-Holstein hat sich insbesondere gegen Ende des Jahres diese Preissenkungstendenz verstärkt, so daß der Verbraucher seine gerade ausgezahlten Jahresgratifikationen und Weihnachtsgelder ungeschmälert anlegen konnte. Günstiger waren vor allem Schwarz-Weiß- und Farb-Fernsehgeräte (- 3,8% und - 1,8%), Kassettenrekorder (- 3,5%) und Hi-Fi-Rundfunkgeräte (- 3,2%) zu erwerben.

Ob die im Jahre 1976 erzielte - seit 1970 geringste - jährliche Steigerungsrate auch 1977 gehalten oder gar noch unterschritten werden kann, hängt von vielen Faktoren wie den Ernten, Weltmarktpreisen u. ä. ab und soll hier nicht untersucht werden. Rechnerisch ist die Ausgangslage für 1977 besser als vor einem Jahr. Das "Preissteigerungserbe" aus dem Jahre 1976, das sich aus der Differenz zwischen den Indexständen zum Jahresende und im Jahresdurchschnitt errechnet, beträgt 1,2%. Selbst wenn die Preise 1977 über den Stand vom Dezember 1976 hinaus nicht weiter steigen würden, ergäbe sich also für 1977 bereits ein Anstieg von 1,2% gegenüber 1976. Dieses "Preissteigerungserbe" hatte 1976 noch 1,8% und 1975 sogar 2,4% betragen. Vorausschauend sind für 1977 allerdings bereits zum Teil erhebliche Preissteigerungen für den Verbraucher spürbar. So sind Prämienerrhöhungen der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung von 3,7% bis 6,7% genehmigt worden, Steuererhöhungen für Tabakwaren und Alkoholika um 18% werden im Januar voll wirksam und die Preissteigerungen für Bohnenkaffee werden nach Ankündigungen großer Kaffeeröster noch anhalten.

Ab 1. Januar werden die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung insbesondere durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen weiter steigen. Diese Schmälerung des Haushaltsbudgets erhöht den Preisindex der Lebenshaltung jedoch nicht, da Abgaben an die gesetzliche Sozialversicherung - wie fast alle direkten Steuern auch - als Übertragungen an den Staat und nicht als Lebenshaltungsausgaben angesehen werden.

Öffentliche Verwaltung

Gemeindesteuern

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben in der Zeit vom 1.1. bis 30.9.1976 Steuern in Höhe von 881,6 Mill. DM eingenommen. Das sind 79,5 Mill. DM oder 9,9% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zuwachsrate ist bedeutend höher als 1975, wo sie sich im Vergleich zu 1974 auf 3,6% belaufen hatte. Die günstige Entwicklung ist vor allem auf die Grundsteuer B zurückzuführen, deren Aufkommen mit 125,1 Mill. DM um 33,6 Mill. DM oder 36,6% höher war als 1975. Hier spielen die Grundsteuerreform und die neuen Einheitswerte eine entscheidende Rolle. Demgegenüber ist das Aufkommen der Grundsteuer A, die auf land- und forstwirtschaftliche Grundstücke erhoben wird, weiterhin rückläufig. Es macht nur noch 21 Mill. DM aus und ist damit um 3,3% niedriger als im gleichen Zeitraum 1975. Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erbrachte 409,8 Mill. DM. Es ist zwar etwas kräftiger gestiegen als 1975, die Zuwachsrate von 2,2% liegt aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt.

Die Haupteinnahmequelle der Gemeinden bleibt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. In den ersten drei Vierteljahren 1976 flossen ihnen hieraus 316,8 Mill. DM zu. Das sind 5,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 35,9% der gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Gewerbe-

steuer nach Ertrag und Kapital erbrachte nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 300 Mill. DM oder 34%. Faßt man die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die Lohnsummensteuer zusammen, so sind das jedoch 356,7 Mill. DM oder 40,5% der gemeindlichen Steuereinnahmen. Die Grundsteuer B ist mit 14,2% an den Einnahmen beteiligt.

Staatliche Steuern

In die Kassen des Landes sind im Jahre 1976 Steuereinnahmen in Höhe von 3,34 Mrd. DM geflossen. Das sind 272 Mill. DM oder 8,9% mehr als ein Jahr zuvor. Damit ist das im Haushaltsplan angesetzte Soll (3,2 Mrd. DM) um über 100 Mill. DM übertroffen worden und die Talsohle des Jahres 1975, als die Steuereinnahmen um 0,9% zurückgingen, deutlich verlassen worden. Zu der günstigen Entwicklung trugen vor allem die gemeinschaftlichen Steuern und hier insbesondere die Lohnsteuer bei, die allein ein Mehr von 126 Mill. DM erbrachte. Der Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern, der sich insgesamt auf 2,9 Mrd. DM oder 87% der Steuereinnahmen des Landes beläuft, erhöhte sich um 8,3% oder 224 Mill. DM. Die reinen Landessteuern stiegen sogar um 12,5% aber nur um 48 Mill. DM. Bemerkenswert ist hier die Entwicklung der Erbschaftsteuer, die sich gegenüber 1975 von 8,6 Mill. DM auf 18,5 Mill. DM mehr als verdoppelte. Auf einen Einwohner umge-

Gemeindesteuern

Steuerart	Gemeindesteuern		Veränderung in %
	1. bis 3. Vierteljahr		
	1975	1976	
	Mill. DM		
Grundsteuer A	21,7	21,0	- 3,3
Grundsteuer B	91,6	125,1	+ 36,6
Gewerbesteuer ¹ brutto	401,1	409,8	+ 2,2
Gewerbesteuer-Umlage	119,3	110,1	- 7,7
Gewerbesteuer ¹ netto	281,9	299,7	+ 6,3
Lohnsummensteuer	55,3	57,0	+ 3,1
Gemeinde-Einkommensteuer	299,9	316,8	+ 5,6
Sonstige Steuern	51,7	61,9	+ 19,8
Steuereinnahme insgesamt	802,1	881,6	+ 9,9

1) nach Ertrag und Kapital

Staatliche Steuern 1975 und 1976

	1975	1976	Ver- änderung in %
	Mill. DM		
Ausgewählte Steuer:	Aufkommen (vor der Steuerverteilung)		
Lohnsteuer	2 267	2 561	+ 13,0
Veranlagte Einkommensteuer	1 061	1 213	+ 14,3
Körperschaftsteuer	235	259	+ 10,5
Umsatzsteuern	1 239	1 357	+ 9,5
Verbrauchssteuern	365	430	+ 17,7
	Einnahmen (nach der Steuerverteilung)		
Bund	2 935	3 307	+ 12,7
Land	3 071	3 343	+ 8,9

rechnet stiegen die Steuereinnahmen des Landes von 1 189 DM auf 1 294 DM.

Der Bund hat in Schleswig-Holstein im Laufe des Jahres 1976 Steuern in Höhe von 3,31 Mrd. DM eingenommen, also etwas weniger als das Land. Die Zuwachsrate war aber mit 12,7% und einer Mehreinnahme von 372 Mill. DM höher als die des Landes. Die günstigere Entwicklung ist vor allem auf die Verbrauchsteuern zurückzuführen, die kräftig um 17,7% anstiegen. Dabei hat die schon 1976 bekannte Erhöhung der Branntweinsteuer ab 1.1.1977 eine Rolle gespielt. Die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol sind nämlich um 20,3% oder fast 59 Mill. DM gestiegen.

Das Aufkommen der gewichtigsten Steuer, der Lohnsteuer, erhöhte sich gegenüber 1975 um fast 300 Mill. DM oder 13,0% und beläuft sich auf 2,56 Mrd. DM. Von 1974 auf 1975 war es um 2,3% zurückgegangen. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg sogar um 14,3%. Es ist aber mit 1,21 Mrd. DM knapp halb so groß wie das der Lohnsteuer. Die Steuern vom Umsatz erbrachten 1,36 Mrd. DM und damit 118 Mill. DM oder 9,5% mehr als 1975. Bemerkenswert ist hier, daß die Einfuhrumsatzsteuer, die von 1974 auf 1975 um 13,9% zurückgegangen war, jetzt um 16,3% angestiegen ist.

Schulden der öffentlichen Hand

Schulden des Landes

Das Land hatte am 30.9.1976 Schulden in Höhe von 6 Mrd. DM. Das sind 1 Mrd. DM oder 21,6% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auf einen Einwohner

Schulden des Landes

Schuldenart	Schulden am		Veränderung in %
	30. 9. 1975	30. 9. 1976	
	Mill. DM		
Schulden insgesamt ¹	4 998	6 078	+ 21,6
bei Verwaltungen	1 073	1 071	– 0,2
vom Kreditmarkt ²	3 710	4 795	+ 29,2
Ausgleichsforderungen	216	211	– 2,3

1) Fundierte Schulden

2) und Sozialversicherungen

umgerechnet erhöhte sich der Schuldenstand von 1 934 DM auf 2 353 DM. Den höchsten Anteil stellen die Schulden vom Kreditmarkt und bei Sozialversicherungsträgern. Sie machen 4,8 Mrd. DM oder fast acht Zehntel der Schulden des Landes aus und sind um über 1 Mrd. DM oder beinahe drei Zehntel höher als ein Jahr zuvor. Demgegenüber sind die Schulden bei Verwaltungen (Bund, Länder, ERP u. ä.) nahezu gleich geblieben (gut 1 Mrd. DM) und die Ausgleichsforderungen (Schuldbuchforderungen der Kreditinstitute im Zusammenhang mit der Währungsreform) planmäßig zurückgegangen.

Schulden der Gemeinden, Kreise und Ämter

Die Gemeinden, Kreise und Ämter waren am 30.9.1976 mit 2,4 Mrd. DM verschuldet. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres haben sich ihre Schulden um 0,1 Mrd. DM oder 4,1% erhöht. Auf einen Einwohner umgerechnet sind das 945 DM anstelle von 907 DM. Acht Zehntel der Schulden haben die Kommunen auf dem Kreditmarkt und bei Sozialversicherungen aufgenommen. Ihr Bestand hat sich gegenüber 1975 um 2,8% erhöht. Bei Verwaltungen waren die Kommunen mit 0,5 Mrd. DM verschuldet. Das sind 42 Mill. DM oder 9,2% mehr als ein Jahr zuvor. Die Kommunen haben zwischen dem 30.9.1975 und dem 30.9.1976 Schulden in Höhe von 291 Mill. DM aufgenommen und 186 Mill. DM getilgt.

Schulden der Gemeinden, Kreise und Ämter

Schuldenart	Stand am 30. 9. 1975	Aufnahme	Tilgung	Stand am 30. 9. 1976
	Mill. DM			
Schulden insgesamt ¹	2 344	291	186	2 441
bei Verwaltungen	457	61	35	499
vom Kreditmarkt ²	1 888	230	151	1 941

1) Fundierte Schulden ohne Schulden der Eigenbetriebe
2) und Sozialversicherungen

Fast vier Zehntel oder 909 Mill. DM der kommunalen Schulden entfallen auf die vier kreisfreien Städte, über 1,2 Mrd. DM oder gut die Hälfte auf die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter und 282 Mill. DM oder reichlich ein Zehntel auf die Kreisverwaltungen.

Personal der öffentlichen Verwaltung

Landesverwaltung

Im unmittelbaren Dienst der Landesverwaltung standen am 30.6.1976 54 466 hauptberuflich vollbeschäftigte Personen. Am 30.6.1975 sind es 54 463 Personen gewesen. Der Personalbestand der Landesverwaltung ist also im Ganzen unverändert geblieben. Bei den Beamten und Angestellten ist ein leichter Rückgang feststellbar, die Zahl der Arbeiter ist dagegen leicht angestiegen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Angaben aus einer Stichtagserhebung stammen und daß Arbeiter und Angestellte mit Zeitvertrag, sofern sie vollbeschäftigt sind, einbezogen werden. Der leichte Anstieg der Zahl der Arbeiter ist nämlich vor allem auf die Ämter für Land- und Wasserwirtschaft zurückzuführen, die zum Stichtag der Erhebung eine größere Zahl von Aushilfsarbeitern beschäftigten als 1975. Das dürfte mit der Sturmflut zu Beginn des Jahres 1976 zusammenhängen.

Personal der Landesverwaltung

Dienstverhältnis	Vollbeschäftigte am 30. 6.		
	1975	1976	Veränderung in %
	Anzahl		
Beamte und Richter	33 339	33 291	- 0,1
Angestellte	16 367	16 344	- 0,1
Arbeiter	4 757	4 831	+ 1,6
Insgesamt	54 463	54 466	+ 0,0

Die Struktur der Dienstverhältnisse in der Landesverwaltung hat sich nicht geändert. Den größten Anteil stellen die Beamten und Richter, nämlich sechs Zehntel aller Vollbeschäftigten, in einem Angestelltenverhältnis stehen drei Zehntel der Vollbeschäftigten, und knapp ein Zehntel sind Arbeiter.

Gemeindeverwaltungen

Die Verwaltungen der Kreise, Gemeinden und Ämter hatten am 30.6.1976 30 831 hauptberuflich vollbeschäftigte Mitarbeiter. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem 30.6.1975 um 1 857 Personen oder 5,7% vermindert. Zurückgegangen ist vor allem die Zahl der Angestellten, nämlich um 1 228 Personen oder 6,6%. Die Zahl der Arbeiter verringerte sich um 627 Personen oder 6,9%. Demgegenüber ist die Zahl der Beamten

unverändert geblieben. Sie stellen mit 5 124 Vollbeschäftigten vom Dienstverhältnis her gesehen den kleinsten Anteil des kommunalen Personals, nämlich ein Sechstel. Die Angestellten machen mehr als die Hälfte aus und die Arbeiter reichlich ein Viertel.

Personal der Gemeindeverwaltungen

Dienstverhältnis	Vollbeschäftigte am 30. 6.		
	1975	1976	Veränderung in %
	Anzahl		
Beamte	5 126	5 124	– 0,0
Angestellte	18 479	17 251	– 6,6
Arbeiter	9 083	8 456	– 6,9
Insgesamt	32 688	30 831	– 5,7

Bemerkenswert ist vor allem der Personalabbau bei der Stadt Kiel. Sie verminderte ihr hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal um 1 045 Personen oder 18,7% auf 4 543. Dabei ist besonders die Zahl der Angestellten (- 713 Personen oder - 22,3%) zurückgegangen.

Bundesbehörden in Schleswig-Holstein

Die Bundesbehörden haben ebenfalls ihr Personal in Schleswig-Holstein reduziert. Sie hatten am 30.6.1976 30 967 hauptberuflich Vollbeschäftigte und damit 1 199 oder 3,7% weniger als ein Jahr zuvor. Zurückgegangen ist vor allem die Zahl der Angestellten, nämlich um 861 Personen oder 8,5%. Die Zahl der Beamten und Richter verringerte sich um 273 oder 4,4% und die der Arbeiter um 65 oder 0,4%.

Personal der Bundesbehörden in Schleswig-Holstein

Dienstverhältnis	Vollbeschäftigte am 30. 6.		
	1975	1976	Veränderung in %
	Anzahl		
Beamte und Richter	6 203	5 930	– 4,4
Angestellte	10 104	9 243	– 8,5
Arbeiter	15 859	15 794	– 0,4
Insgesamt	32 166	30 967	– 3,7

Die Bundesbahn und die Bundespost wiesen einen Bestand von 11 018 und 16 189 hauptberuflich Vollbeschäftigten in Schleswig-Holstein nach. Er ist um 6,4% und 1,5% gegenüber dem 30.6.1975 zurückgegangen.

Wirtschaftliches Wachstum

Als Maßstab für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes wird schon seit vielen Jahren das Bruttoinlandsprodukt benutzt. Es gibt den Gesamtwert der in einer Region erstellten Güter und Dienstleistungen wieder, ohne Rücksicht darauf, ob sie von Inländern oder Nichtgebietsansässigen erbracht worden sind. 1976 sind in Schleswig-Holstein Güter und Dienstleistungen im Gesamtwert von 38,8 Milliarden DM erstellt worden. Gegenüber 1975 bedeutet das eine Steigerung von 2,9 Milliarden DM oder 8,0%. Damit wird ein erstes abgesichertes Ergebnis über die wirtschaftliche Gesamtleistung vorgelegt, denn es konnten eine Reihe von Wirtschaftsdaten wie Erntemengen und Schlachtungen in der Landwirtschaft und Umsätze der Industrie, des Bauhauptgewerbes und des Handels für das abgelaufene Jahr eingearbeitet werden. Dieser Wert ersetzt das Ergebnis der Schnellberechnung von Anfang Februar, als einige erforderliche statistische Daten, insbesondere aus der Industrie, noch nicht für alle Monate des abgelaufenen Jahres verfügbar waren.

Die Zuwachsrate von 8,0% in unserem Lande ist eingebettet in eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung von 8,8% im Bundesgebiet. Der wirtschaftliche Aufschwung verlief in Schleswig-Holstein also gedämpfter. Das war zu erwarten, weil die vorangegangene Rezession wegen der Besonderheiten in der Wirtschaftsstruktur des Landes (Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Schiffbau) ebenfalls geringer gewesen war als in den anderen Bundesländern. Überdurchschnittliche Leistungen erbrachten 1976 nur drei Bundesländer, und zwar Bayern mit 10,3%, Niedersachsen mit 9,1% und Hessen mit 8,9%. Steigerung. Unter der Zuwachsrate Schles-

wig-Holsteins blieben vier Bundesländer, und zwar die drei Stadtstaaten und das Saarland. Klammert man einmal die Stadtstaaten und das Extrem Bayern aus, dann streuen die Raten nur geringfügig um 1,3 Punkte zwischen 7,8% und 9,1%.

Ausschlaggebend für den Stand Schleswig-Holsteins gegenüber dem Bundesdurchschnitt ist die unterschiedliche Entwicklung in der Industrie. Dies ist auch deutlich an den industriellen Umsätzen zu erkennen. Wurde in der schleswig-holsteinischen Industrie 1976 gegenüber 1975 eine Umsatzsteigerung von 8,4% erzielt, betrug die entsprechende Zuwachsrate im Bundesgebiet 11,1%. Im gesamten warenproduzierenden Gewerbe ist der Landesabstand von 0,7 Punkten zum Bundesdurchschnitt allerdings nur gering, und zwar wegen überdurchschnittlicher Steigerungsraten im Bereich Energiewirtschaft und Bergbau und im Baugewerbe. Bemerkenswert ist der Vorsprung des warenproduzierenden Gewerbes Schleswig-Holsteins vor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Mit seinem Anstieg um 9,0% übertrifft er die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate unseres Landes um 1,0 und die des Bundes um 0,2 Punkte.

Konjunkturdämpfende Wirkungen gingen vom Sektor Staat aus. Im gesamten Bundesgebiet lag die Zuwachsrate des Bereichs Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter mit 6,3% um 2,5 Punkte unter dem gesamtwirtschaftlichen Anstieg. In Schleswig-Holstein war die konjunkturdämpfende Wirkung noch stärker, denn die Zunahme erreichte nur 4,5% und blieb damit um 3,5 Punkte hinter der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrate unseres Landes und sogar um 4,3 Punkte hinter der des Bundes zurück.

Überdurchschnittliche Zuwächse wurden dagegen im Bereich Handel und Verkehr erzielt. Die Steigerungsrate von 9,2% lag um 1,3 Punkte über der Bundesentwicklung. Noch stärkere Auswirkungen auf die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrate hat die Entwicklung in den sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Diese erhöhten ihren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein um 10,2%, womit sie um 2,2 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Steigerungsrate unseres Landes liegen. Im Vergleich zur bundesdurchschnittlichen Entwicklung dieses Bereichs ist kein nennenswerter Unterschied festzustellen.

Bei den bisher genannten Veränderungszahlen bildet die Preisentwicklung eine wichtige

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern

Land	Zuwachsraten 1976 gegenüber 1975 in %	
	nominal	real
Bayern	10,3	7,0
Niedersachsen	9,1	5,5
Hessen	8,9	5,9
Rheinland-Pfalz	8,7	6,0
Baden-Württemberg	8,7	5,5
Nordrhein-Westfalen	8,5	5,2
Schleswig-Holstein	8,0	4,2
Saarland	7,8	3,8
Berlin (West)	7,7	3,4
Bremen	6,9	3,6
Hamburg	6,8	4,5
Bundesgebiet	8,8	5,5

Komponente. Um sie auszuschalten, werden die Mengen der zu vergleichenden Jahre mit konstanten Preisen bewertet - zur Zeit noch mit denen von 1962 -; man erhält so das reale Bruttoinlandsprodukt. Während 1975 in Schleswig-Holstein erstmals seit Beginn der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder im Jahre 1950 kein wirtschaftliches Wachstum erzielt worden war, hat sich für 1976 wieder eine Wachstumsrate von 4,2% ergeben. Allerdings liegt auch diese Veränderungsrate unter der des Bundesgebiets von 5,5%. Die Differenz von 1,3 Prozentpunkten ist aber niedriger als die gegenläufige Differenz von 2,2 Prozentpunkten für das Jahr 1975, als einer realen Veränderungsrate von - 1,1% in Schleswig-Holstein eine von - 3,3% im Bundesgebiet gegenüberstand. Vergleicht man das Jahr 1976 mit 1974, dann ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein von 19,8 Milliarden DM um 0,6 Milliarden DM auf 20,4 Milliarden DM oder um 3,1% gestiegen, während die Steigerungsrate sich im Bundesgebiet auf 2,1% beläuft.

Anteile der Bereiche am realen Bruttoinlandsprodukt 1976

Bereich	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	%	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	8,6	3,7
Warenproduzierendes Gewerbe	45,1	56,3
Handel und Verkehr	20,8	18,2
Dienstleistungsunternehmen	14,6	12,9
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	11,0	8,9

Den weitaus höchsten Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt 1976 leistete das warenproduzierende Gewerbe mit 45,1%. Trotzdem ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein am geringsten. Bei einem Bundesdurchschnitt von 56,3% reicht es immerhin bis 62,0% in Baden-Württemberg. Außer Schleswig-Holstein bleiben nur die beiden Hansestädte Hamburg und Bremen unter der 50%-Marke. Allein durch diese Tatsache wird die Besonderheit der Wirtschaftsstruktur unseres Landes entscheidend charakterisiert. Ausgeglichen wird dieses geringere Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes durch höhere Anteile aller anderen Bereiche. Handel und Verkehr haben als zweitstärkster Wirtschaftsbereich eine wesentlich geringere Be-

deutung für die schleswig-holsteinische Wirtschaft als das warenproduzierende Gewerbe, denn sie trugen 1976 nur gut ein Fünftel (20,8%) zum realen Bruttoinlandsprodukt bei. Zusammen mit den sonstigen Dienstleistungsunternehmen (14,6%) und dem Staat usw. (11,0%) kommt der tertiäre Sektor auf einen Beitrag von 46,4%. Im Vergleich zum Bundesgebiet sind diese drei Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein jeweils etwas stärker vertreten, denn im Bundesgebiet entfallen auf Handel und Verkehr 18,2%, auf die sonstigen Dienstleistungsunternehmen 12,9% und auf den Staat usw. 8,9% und damit auf den tertiären Sektor insgesamt 40,0%. Ein relativ besonders großes Gewicht hat der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, der mit 8,6% den größten Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt unter allen Bundesländern aufweist und ganz erheblich über dem Anteil von 3,7% im Bundesgebiet liegt. Das wird auch daran deutlich, daß der Beitrag der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft zum Bundesergebnis sich auf 7,7% beläuft, während die gesamte Wirtschaft unseres Landes nur mit 3,3% am realen Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebiets beteiligt ist.

Die Preissteigerungsraten können an dem Unterschied zwischen den Veränderungsrate 1975/76 in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1962 abgelesen werden. Danach ergibt sich für Schleswig-Holstein eine Preissteigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3,7% und für das Bundesgebiet eine von 3,1%. Diese Preissteigerungsrate gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der

Produktivität in den Bundesländern

Land	Bruttoinlandsprodukt 1976 je Erwerbstätigen in Preisen von 1962		
	DM	Veränderung 1976 gegenüber 1975 in %	Bundeswert = 100
Hamburg	33 370	6,2	137,0
Rheinland-Pfalz	26 540	7,4	108,9
Berlin (West)	26 370	5,0	108,3
Nordrhein-Westfalen	26 010	7,0	106,8
Bremen	24 880	5,3	102,1
Hessen	24 190	7,0	99,3
Schleswig-Holstein	22 930	5,1	94,1
Baden-Württemberg	22 870	6,8	93,9
Bayern	22 550	7,1	92,6
Saarland	21 960	5,6	90,1
Niedersachsen	21 950	6,0	90,1
Bundesgebiet	24 360	6,7	100

Vorprodukte für die jeweiligen Mengen der beiden Jahre an. Es handelt sich hier also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen bestimmten Warenkorb der Güter des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

Stellt man das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 in Relation zu den Erwerbstätigen, dann erhält man einen Maßstab für das, was heute meist unter "gesamtwirtschaftlicher Produktivität" verstanden wird. Darin ist für Schleswig-Holstein 1976 eine Steigerung von 5,1% gegenüber 1975 festzustellen. Diese Veränderungsrate liegt deshalb über der Rate des wirtschaftlichen Wachstums von 4,2%, weil die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 1975 leicht

rückläufig war. Im Bundesgebiet stieg die gesamtwirtschaftliche Produktivität um 6,7%. Jeder Erwerbstätige in Schleswig-Holstein leistete 1976 im Durchschnitt einen Beitrag von 22 930 DM zum realen Bruttoinlandsprodukt. Demgegenüber steht ein bundesdurchschnittlicher Beitrag von 24 360 DM. Setzt man diesen Bundeswert gleich 100, dann beträgt die Meßziffer für die schleswig-holsteinische Produktivität 94,1. Geringer als in Schleswig-Holstein ist diese Meßziffer und damit die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Saarland, in Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg mit Werten zwischen 90,1 und 93,9. Weit aus an der Spitze der Bundesländer liegt Hamburg mit einer Meßziffer von 137,0, danach folgt Rheinland-Pfalz mit 108,9.

Beteiligte Autoren: Walter Dahms, Karlheinz König, Lieselotte Korschey, Peter Möller, Gerd Scheel, Friedrich-Karl Womeck

Siehe auch Teil 1 mit Beiträgen über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Bauhauptgewerbe, Wohnungsbau, Insolvenzen und Fremdenverkehr in dieser Zeitschrift, Heft 3/1977, S. 34 ff.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

– = Zahlenwert genau Null

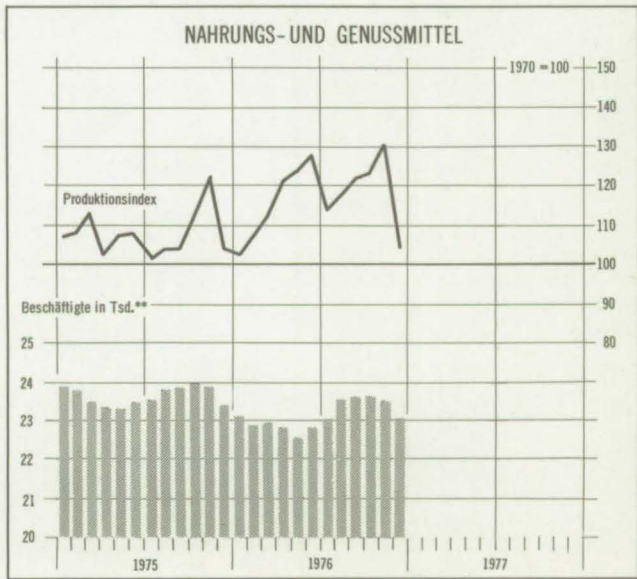
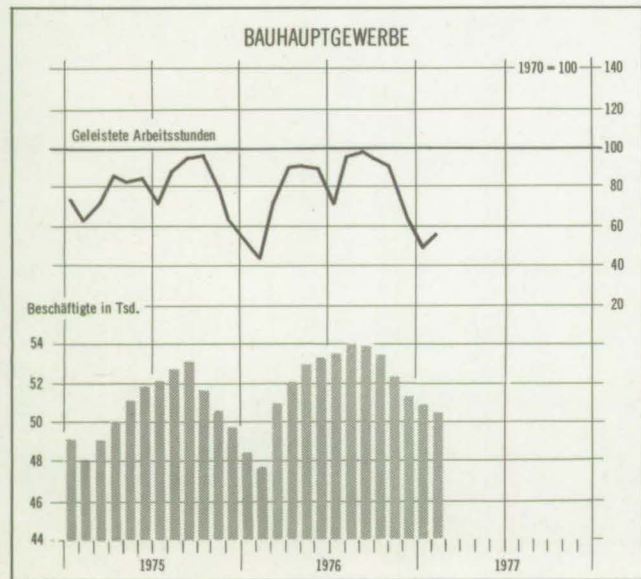
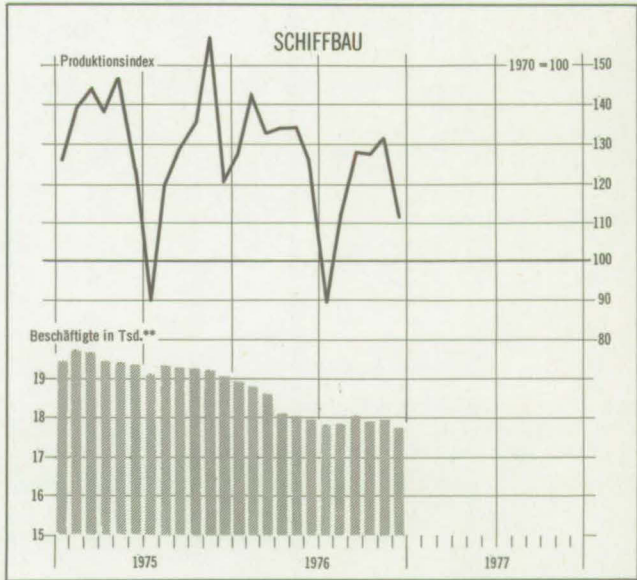
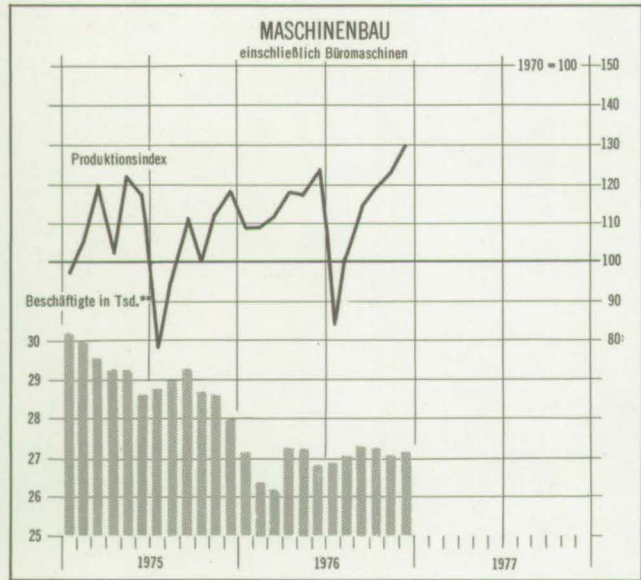
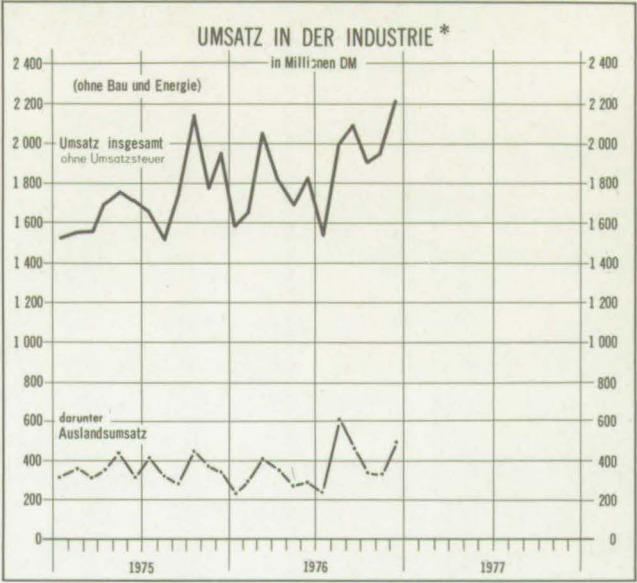
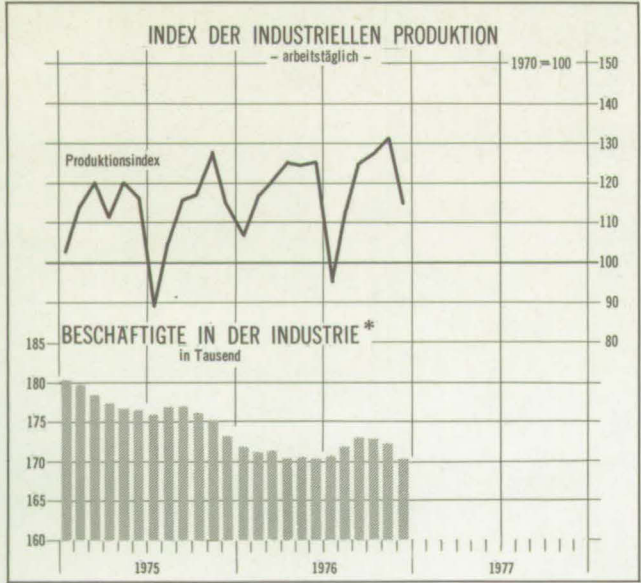
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
**) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

